Einzelpreis 30 Pf. Halle, Dienstag, den 15. Juni 1920. 31. Jahrgang · Nr. 137

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105705. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 4,50 Mk., vierteljährl. 13,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 4 50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Nach Heinze — Trimborn.

Die Ministersuche

hat bisher noch zu keinem Erfolg geführt. Herrn Heinze von der Deutschen Volkspartei erging es wie Herrn Müller: er erhielt überall Absagen und mußte daher seinen Auftrag wieder an Herrn Ebert zurückgeben. Dieser schickte nun Herrn Trimborn vom Zentrum auf die Ministersuche. Ihm gegenüber erklärte sich die Deutsche Volkspartei bereit zu einer Beteiligung nicht nur an einer rein bürgerlichen, sondern auch an einer bürgerlichen Minderheitsregierung. Als Vorbedingung für den Eintritt forderte sie die Berufung von Fachministern und die Berufung eines Diplomaten auf den Posten des Außenministers. Die Deutsche Volkspartei hat drei solcher Diplomaten in ihrer Mitte: Rheinbaben, der sich die Wahl in den Reichstag viel Geld hat kosten lassen, ferner den ehemaligen Legationsrat v. Lersner, der seinerzeit als Vertreter der deutschen Regierung in Paris sich weigerte, die Liste der Kriegsverbrecher in Empfang zu nehmen und schließlich den ehemaligen Gesandten v. Chemnitz, der während des Krieges die Mexikaner in Telegrammen zum Kampfe gegen Amerika aufzuwiegeln versuchte, bevor sich Amerika im Kriege mit Deutschland befand. Ob diese Heldenstückchen der genannten Diplomaten der Deutschen Volkspartei genügen, um sie für den Posten des Außenministers würdig zu befinden.

Man verspricht sich auch von den Versuchen Trimborns eine lebensfähige Regierung zusammenzubringen, nicht viel. Es müßte denn sein, daß die Scheinsozialisten wieder umfallen und entgegen ihren bestimmten Beteuerungen — doch wieder an einer (erweiterten) Koalitionsregierung teilnehmen. Auf der am Sonntag in Berlin abgehaltenen Reichskonferenz der SPD., haben sie sich ja recht „konsequent" und „unentwegt oppositionell" aufgespielt. Die Stellungnahme der Partei wurde in folgender Entschließung festgelegt:

„Einstimmig kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß für die Partei die Beteiligung an einer Regierung, die Elemente der Rechtsparteien enthält, ausgeschlossen ist. Nachdem die Unabhängigen abgelehnt haben, sich an einer Regierung zu beteiligen, die den Schutz der Republik und der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernehmen könnte, haben sie die Verantwortung für eine Situation zu tragen, in der nur die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung möglich ist. Eine Fortsetzung der bisher betriebenen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten, wird gegenwärtig als unmöglich betrachtet."

Reichskanzler Müller sagte in seiner Rede über die politische Lage u. a.: „Ein Verbleiben der Sozialdemokraten in einer nach rechts erweiterten Regierung bringe parteipolitisch so großen Schaden, daß es für die Partei nicht in Frage kommen könne. Die Rechtsparteien wollten die Sozialdemokratie aufreiben. Der Uebergang des Heeres in die Hände einer sozialistisch freien Regierung wäre weniger bedenklich, wohl aber sei zu fragen, was bei einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei aus der Sozialisierung des Kohlenbergbaues und aus der Besteuerung der Gewinne der Kohlenmagnate werden solle."

Als ob sich unsere Noskesozialisten in der Regierung über diese Fragen bisher große Sorgen gemacht hätten! Natürlich zog man sich dann am Schlusse mit dem bequemen Vorwand aus der heiklen Situation, alle Schuld für die weitere Entwicklung der Regierungskrise den — Unabhängigen aufzuhalsen. Nun, wir werden's zu tragen wissen!

Die (vorläufige!) Absage der Rechtssozialisten an die bürgerliche Koalitionspolitik ist auch nicht auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß jede Koalition mit dem Bürgertum in der gegenwärtigen Zeit Mitarbeit an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und eine Verschleierung der wahren Machtverhältnisse und Behinderung der Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch bedeutet, sondern die Wähler sollen, wie die Sozialistische Korrespondenz schreibt, spüren, was sie am 6. Juni angerichtet haben. Auch als Oppositionspartei werde sich die Sozialdemokratie ihrer Verantwortung bewußt bleiben.

Aber solche Bemerkungen einer verärgerten Seele können doch die Tatsache nicht hinwegräumen, daß die rechtssozialistische Parteikonferenz am Sonntag den Beschluß auf Ablehnung jeder Koalition mit den bürgerlichen Rechtsparteien einstimmig und den auf Aufgabe auch der bisherigen Koalition gegen sechs Stimmen faßte. Damit dürfte die Entscheidung als endgültig anzusehen sein, und damit tritt die Frage der Regierungsbildung in ein neues Stadium. Die alte Koalition ist begraben. Eine sozialistische Regierung ist weder auf parlamentarischem Wege herbeizuführen noch genügend fest begründet auf sozialistischem Wollen, da in der rechtssozialistischen Partei noch immer nicht klar genug erkannt ist, was das Gebot der Stunde vom Proletariat erfordert. Erklärt doch die Sozialistische Korrespondenz noch in ihrer Sonnabendausgabe, daß es noch sehr lange Wege hat, bis „die Sozialdemokratie sich zum Knecht der USP. erniedrigt". Eine solche Erniedrigung ist ihr also die Anerkennung der von unserer Parteileitung für die Bildung einer sozialistischen Uebergangsregierung aufgestellten Bedingungen. Ist so an eine sozialistische Regierung auf absehbare Zeit nicht zu denken, so bleibt nur noch die Möglichkeit einer Regierung der bürgerlichen Parteien.

Dazu war Dr. Heinze ausersehen. Nachdem er nun aber seinen Auftrag an Herrn Trimborn weitergeben mußte, wird dieser nun sein Glück versuchen müssen. Er hat sich bereits mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Herren Müller und Loebe, in Verbindung gesetzt und sie gefragt, wie der Vorwärts berichtet, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernehme. Nach der Verneinung wandte er sich einer zweiten Kombination zu, Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 240 Mandate umfassen werde. Herr Loebe erwiderte, daß die sozialdemokratische Fraktion auch hieran nicht teilnehmen könne. Herr Müller fügte hinzu, daß eine von solcher geringer Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spa gehen könne. Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, einen Block der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Die Sozialdemokraten erklärten hierzu, ihre Stellungnahme nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern bekanntzugeben."

Ob dieser Block der Mitte zustande kommt, das dürfte jedoch wohl kaum von der Stellungnahme der Rechtssozialisten allein abhängen. Hier würden wahrscheinlich die Demokraten das entscheidende Wort zu sprechen haben. So gewiß es nun auch manchen Demokraten gehen mag, der ohne weiteres und bedenkenlos mit der Deutschen Volkspartei zusammengeht, so ist doch auch wieder der Teil nicht gering, der das ablehnt. Bei diesen Meinungsverschiedenheiten ist eine Spaltung der Demokratischen Partei sehr stark in den Bereich der Möglichkeit gerückt.

Zunächst bleibt abzuwarten, was Herr Trimborn auszurichten vermag. Bringt auch er keine Regierung zusammen, dann hat allerdings die Regierungskrise ihren kritischen Höhenpunkt erreicht!

•

Zur Reichskonferenz der Rechtssozialisten

wird der Weltam Montag aus Kreisen der SPD. geschrieben: „Der überraschende Beschluß der Parteikonferenz wird mit einem Aufatmen der Erleichterung in der deutschen Arbeiterklasse beider Lager begrüßt werden. Er verstärkt die Stellung der Sozialdemokratie im Innern und nach außen. Die Einigung der Sozialdemokratie kann auch durch den Unverstand einzelner nicht mehr verhindert werden, wenn der Beschluß der neuen Fraktion und der Parteileitung der SPD. in seinen Konsequenzen vertreten und durchgeführt wird. Bei dem Stimmenverhältnis aller gegen sechs ist daran wohl nicht zu zweifeln. Das Schwergewicht der Sozialdemokratie im neuen Reichstag wird nun verstärkt werden können.

Dieser Vorteil ist mit dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung nicht nur nicht zu teuer erkauft, sondern dieses Ausscheiden ist selbst auch ein Gewinn für die Sozialdemokratie. Es entbindet sie von der Verantwortung für politische Aufgaben, die sie nur als lästige Erbschaft angetreten hat und belastet mit diesen Aufgaben jene Leute, denen sie aus der Vergangenheit zukommen und die sich für diese Aufgaben im Wahlkampf stark gemacht haben. Die bürgerlichen Fraktionen wissen samt und sonders, daß sie sich die Finger verbrennen, wenn sie nun genötigt werden, zu zeigen, was sie können. Die Rechtsparteien haben sich in die Nesseln gesetzt, der Wählerfolg ist ein Nesselhemd für sie und sie zittern vor der ersten Probe auf die ihnen zugefallenen Aufgaben, vor der Erfüllung ihrer Wahlsprüche und Wahlversprechungen vermittels der ihnen nunmehr zur Verfügung stehenden Machtmittel der bürgerlichen Mehrheit und der Regierungsgewalt. Viel lieber würden sie sich drücken. Sie haben dies schon angekündigt, sehen also ein, daß eine Regierung gegen die Arbeiter unmöglich ist. Dann aber wird der Bundespräsident gezwungen sein, die Nation aufs neue anzurufen mit der Begründung, daß die Sieger im Wahlkampfe versagt haben, als jenen Gelegenheit geboten wurde, ihre großen Worte wahrzumachen."

Die Landtagswahlen in Mecklenburg.

Nach dem vorläufigen Landtagswahlergebnis aus allen mecklenburgischen Städten mit Ausnahme des noch ausstehenden Ergebnisses von Dömitz entfallen voraussichtlich auf die Deutschnationalen 9, Deutsche Volkspartei 9, Wirtschaftsbund 3, Demokraten 3, Mehrheitssozialisten 15, Unabhängige 6 und Kommunisten — Sitze. Nach dem vorläufigen Ergebnisse haben Stimmen erhalten: Deutschnationale Volkspartei 42 909, Deutsche Volkspartei 13 278, Wirtschaftsvereinigung 13 072, Demokraten 15 162, Mehrheitssozialisten 77 230, Unabhängige 29 029, Kommunisten 10[illegible].

Der USP.-Wahlsieg in Sachsen.

Die stärkste Partei.

Nach dem jetzt amtlich festgestellten Ergebnis der Reichstagswahl in Sachsen gewinnen die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten noch je ein Mandat im Wahlkreis 31 (Dresden). Die Mehrheitssozialdemokraten aber verlieren ein Mandat im 33. Wahlkreis infolge anderer Verteilung der Reststimmen. Infolgedessen sind die Unabhängigen in Sachsen die stärkste Partei geworden und erhalten zehn Mandate, die Mehrheitssozialdemokraten 9, die Deutsche Volkspartei 7, die Deutschnationalen 6, die Demokraten 8 und die Kommunisten 1 Mandat. Es stehen also 20 Mandate der Linken 16 bürgerlichen gegenüber, während bei den vorjährigen Wahlen zur Nationalversammlung 20 Sozialdemokraten gegenüber 12 Bürgerlichen gewählt wurden.

Amerikas republikanischer Präsidentschaftskandidat.

Chikago, 14. Juni. Harding, Senator von Ohio, ist vom republikanischen Konvent zum Präsidentschaftskandidaten gewählt worden. Bei der zehnten und letzten Abstimmung erhielten Harding 692, Wood 156 und Lowden 11 Stimmen.

Politische Schiebertricks.

Unter diesem Titel schreibt die Freiheit zur Regierungskrise und zum Beschluß des Zentralkomitees der USP. in keine bürgerliche Koalitionsregierung einzutreten, daß die Antwort Crispiens an den Reichskanzler von jedem einzelnen Parteimitglied als Selbstverständlichkeit empfunden worden sei. Es ist uns keine einzige Stimme in der ganzen Partei bekanntgeworden, die sich dahin geäußert hätte, daß der Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung möglich oder denkbar sei. Die bürgerliche Presse, die ihrerseits bereits ihren Parteien erklärt hatte, daß ein Zusammengehen mit der Unabhängigen Sozialdemokratie für sie gar nicht in Betracht kommen könne, sagt denn auch, daß die Antwort Crispiens, wie schon aus der Haltung der Freiheit zu erkennen gewesen wäre, keine Ueberraschung bringe.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat ihre Antwort mit aller Klarheit erteilt. Sie hat damit gezeigt, daß sie das widerwärtige Spiel, das gegenwärtig von allen anderen Parteien getrieben wird, keinen Moment lang mitzumachen gewillt ist, und es ist ein Zeichen der Stärke, daß wir auf die elenden politischen Tricks verzichten können, die hierzulande als Politik gelten.

Die anderen Parteien suchen gegenwärtig eine jede der anderen die Verantwortung für Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Regierung zuzuschieben. Am dümmsten, weil am durchsichtigsten, betreiben die Rechtssozialisten diese Taktik. In der Partei bestehen zwei Strömungen, von denen die eine unter allen Umständen an der Regierung beteiligt bleiben will, während die andere zwar schweren Herzens, aber der Lehren, die die Wahlen eben erteilt haben, eingedenk, in die Opposition gehen möchte.

Wie vorauszusehen, nimmt die Richtung, die sich von dem Schein der Regierungsmacht nicht trennen kann, täglich an Einfluß zu. Ihrer Stärkung galt ja auch das schnelle Vorgehen Müllers, der die morgen zusammentretende Konferenz der Rechtssozialisten vor die vollzogene Tatsache der Ablehnung unserer Partei stellen wollte, um so die Stimmung für die Teilnahme der Rechtssozialisten zu verstärken. Ebenso läßt sich aus dem Briefe deutlich erkennen, wie diese Herren operieren wollen. Sie werden die Gefahren einer bürgerlichen Regierung schwarz in schwarz malen, sie werden erzählen, daß damit die ärgsten Gefahren über die Arbeiterbewegung heraufbeschworen werden, und daß infolgedessen das „schwere Opfer gebracht" werden müsse, auf den Ministersitzen sitzen zu bleiben.

Noch kindischer operiert die Vorwärts-Redaktion, die bisher mehr dem Uebergang in die Opposition zuneigte. Sie fälscht deshalb den Sinn der hier veröffentlichten Artikel, und zwar laufen dabei fortwährend zwei Fälschungen nebeneinander. Einmal wird den Vorwärts-Lesern erzählt, die Freiheit „will die Regierung Helfferich". Das andere Mal soll die Freiheit angeblich Sehnsucht nach einer Koalitionsregierung verraten und deshalb an die bekannten Minimalforderungen erinnert haben.

Das eine ist so unsinnig wie das andere. Wir „wollen" keine Regierung Helfferich, aber wir haben konstatiert, daß die soziale Kräfteverteilung, wie sie in den Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, im gegenwärtigen Moment eine bürgerliche Regierung ermöglicht, und wir haben gesagt, daß eine Beteiligung der Rechtssozialisten an der Regierung die Stellung der Bourgeoisie stärkt und die des Proletariats schwächt. An der Ablehnung einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien durch die Unabhängige Sozialdemokratie haben wir nie den geringsten Zweifel aufkommen lassen.

Der Vorwärts braucht aber Fälschungen. Entscheidet sich seine Partei für das Verbleiben in der Koalition, so wird der Vorwärts diesen Beschluß gegen seine andere Ueberzeugung damit begründen, daß die Unabhängigen die Rechtssozialisten zur Koalition gezwungen hätten, weil nur so die Regierung Helfferich hätte vermieden werden können. Im anderen Falle hoffte der Vorwärts gleichfalls die Verantwortung auf uns abschieben zu können. Wir sollten die Forderung als Bedingung für den Eintritt in eine bürgerliche Regierung gestellt haben. Die Rechtssozialisten würden sie akzeptieren, aber die bürgerlichen Parteien würden sie vielleicht ablehnen. Täten sie es wider Erwarten nicht, so wären die Unabhängigen gefangen, bei Ablehnung aber würde die Bürgerlichen die „Verantwortung" für den Uebergang der Rechtssozialisten in die Opposition treffen, und diese hätte dabei gleich eine günstige Position erreicht, indem sie auf gleicher Linie mit den Unabhängigen stünden.

Das mag nun alles sehr schlau erdacht sein, ist aber doch nur herzlich dumm. Wir haben gar keine Ursache, die Verantwortung zu scheuen, weil wir klare grundsätzliche Politik treiben und jede Verschleierung ablehnen. Den rechtssozialistischen Opportunisten irgendeine Verantwortung abzunehmen, besteht für uns gar keine Veranlassung. Das Schreiben Crispiens hat all diesen taktischen Winkelzügen ein Ende gemacht, und daher das Wutgeschrei des Vorwärts: „Die USP. will Helfferich!"

Nicht minder widerwärtig ist das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Auch sie suchen alle nach Gründen, die politische Verantwortung von sich selbst abzuwälzen. Am schofelsten benehmen sich die nationalen Parteien, die zuerst die Regierung der Demokraten und Rechtssozialisten als das Uebelste vom Uebeln denunziert haben, und jetzt diese Parteien durchaus wieder in der Regierung mithalten möchten.

Allerdings ist es nicht unwahrscheinlich, daß sie schließlich Erfolg haben werden. Die Koalition soll in der alten Form wieder erneuert werden und dabei die Deutsche Volkspartei wohlwollende Neutralität üben. Man will die Herren Stresemann und Helfferich zwar vorläufig noch nicht Unter den Linden grüßen, aber man will schon jetzt sich zusammenfinden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0001

Die sogenannte alte Koalition würde also nichts anderes bedeuten, als die Mitregierung der Deutschen Volkspartei. Wenn auch der äußere Schein notdürftig gewahrt bliebe, so wäre in Wirklichkeit die Koalition nach rechts verbreitert, der Pakt mit der Volkspartei geschlossen. Was die Rechtssozialisten gestern noch als ganz ausgeschlossen erklärt hätten, würde morgen verwirklicht.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß der bürgerliche und arbeiterfeindliche Charakter der Koalitionsregierung durch diese Lösung womöglich noch vermehrt würde. Die Rechtssozialisten würden in einer solchen Regierung noch in gesteigertem Maße die Büttel der Bourgeoisie spielen. Es ist nicht unsere Sache, sie davor zu warnen. Für uns, und wie wir denken, für die gesamte Arbeiterklasse, ist die Situation dann erst recht klar. Die Rechtssozialisten treten aufs neue auf die Seite der Klassenfeinde des Proletariats und vereinigen sich mit der Partei Helfferichs und Stinnes. Diese Art Koalitionspolitik schafft dann nicht geringere Klarheit als die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung. Aber die Rechtssozialisten erleichtern der Bourgeoisie ganz außerordentlich ihre Herrschaft und schwächen durch ihre Beteiligung in gefahrvoller, kritischer Situation die Kraft der Arbeiterklasse. Aber dieses Spiel kann unmöglich von Dauer sein. Lassen sich die Rechtssozialisten darauf ein, so wird ihr Schicksal bald und endgültig besiegelt sein.

Lösung der österreichischen Krise.

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) **In Wien wird** die Koalitionsregierung weiter beibehalten unter der Bezeichnung der Korporation. Die Arbeitsprogramme sollen begrenzt werden. Neuwahlen finden im Herbst statt.

Wien, 14. Juni. (WTB.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses wurde einstimmig beschlossen, die nötigen Gesetzentwürfe betreffend die Auflösung der konstituierenden Versammlung und die Durchführung der Neuwahlen unverzüglich ausarbeiten zu lassen. Vor dem Abschluß der Tagung des Parlaments seien u. a. das Budgetprovisorium und andere Staatsnotwendigkeiten fertigzustellen. Desgleichen soll der Verfassungsentwurf im Hause eingebracht und beendet werden. Die Beratungen über die Bildung der Regierung werden in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses fortgesetzt werden.

Die erlogene russische „Gegenrevolution“.

Als gestern die Meldung kam von dem Ausbruche einer vom General Brussilow geleiteten „Gegenrevolution“ gegen die russische Sowjetregierung, haben wir sie sogleich als eine der üblichen Lügennachrichten gekennzeichnet, die nur allzu deutlich die geheimen Wünsche und Gedanken ihrer Urheber und Verbreiter verraten. Der Berliner Vertreter der Moskauer Regierung, Wigdor Kopp, bezeichnet sie ebenfalls als eine Tendenzlüge, die dadurch ihre besondere Charakteristik bekomme, daß die Polen eben daran sind, die Ukraine zu rauben. Die Wichtigkeit dieses Ereignisses soll anscheinend durch die von Reuter ausgehende Meldung verwischt werden. Gegenrevolutionäre Truppenformationen gäbe es in Rußland nicht, gegenrevolutionäre Offiziere dagegen seien wohl vorhanden, aber sie besitzen nicht den Einfluß, daß sich die Truppen von ihnen zu einer Bewegung gegen die Sowjetmacht mißbrauchen ließen. Ueberdies hat Wigdor Kopp noch am gestrigen Tage ein Telegramm aus Moskau erhalten, woraus schon zur Genüge hervorgeht, daß die russische Sowjetregierung noch lebt. Die russische Sowjetregierung ist schon so oft totgesagt, daß ihr nach einem alten Sprichwort erst recht ein langes Leben beschieden sein müßte.

Der Bolschewismus in Persien.

Amsterdam, 14. Juni. (WTB.) Die Times meldet aus Teheran vom 10. d. M.: Kotschik Kan hat sich nach einigem Schwanken für den Leninismus entschieden und hat sich selbst zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister der persischen Sowjet-Regierung ausgerufen.

Das deutsche Konsulat in Täbris wird dem Bericht zufolge noch immer belagert. General Haldane, der Oberbefehlshaber in Mesopotamien, ist heute in Teheran eingezogen.

Bürgerlicher Generalstreik-Schwindel.

Um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit von den neuen Putschvorbereitungen der Kappisten und Militaristen abzulenken, verbreitet die deutschnationale Presse jeden Tag einen neuen Schwindel über angebliche „Rüstungen“ und „Uebungen“ der „Roten Armee“ oder über Generalstreikabsichten der Arbeiterschaft. Nur hat sie so gar kein Glück mit ihren „Enthüllungen“; sie erweisen sich gar bald als elende Lügen. So auch wieder die neueste „Entdeckung“, mit deren Verbreitung sich die Tägliche Rundschau „vaterländische Verdienste“ zu erwerben gedachte. Es handelt sich dabei um ein angeblich von dem „Aktionsausschuß: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins, Gewerkschaftskommission Groß-Berlin, Betriebsrätezentral Groß-Berlins“, unterzeichnetes Flugblatt, in dem erneut zum Generalstreik aufgefordert werde. Die Hallesche Zeitung, das bekannte Kappblatt, hat natürlich nichts Eiligeres zu tun, als seinen Lesern die Räubergeschichte, mit dem entsprechenden „Kommentar“ versehen und gruselig aufgemacht, in zwei vollen Spalten vorzusetzen. Indes: noch war die zum Druck der Meldung verwendete Druckerschwärze noch nicht recht trocken, da waren die Lügner auch schon entlarvt. Wie aus Berlin gemeldet wird, haben sich die „zuständigen Stellen“ mit den angeblichen Unterzeichnern des Flugblattes in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß das Flugblatt weder von der USP. noch von dem Gewerkschaftsbund unterschrieben worden ist. Auch die Betriebsrätezentrale hat Führer der USP. autorisiert, mitzuteilen, daß sie dieses Flugblatt nicht unterzeichnet hat. Die Unterschriften müssen also gefälscht sein. Eine parteiamtliche Erklärung der USP. wird dazu noch veröffentlicht werden. Die Partei lehnt nach wie vor jede Anwendung von Gewalt ab. Auch der Aufruf zu einem Generalstreik steht nicht in Aussicht.

Also die ganze Mache entpuppt sich als eine plumpe, grobe Fälschung. Und da natürlich die deutschnationale Presse so hochanständig ist, ihren angelogenen Lesern die Feststellung der Fälschung vorzuenthalten, so hat die Lüge ihre beabsichtigte Wirkung wieder einmal getan.

Generalstreikpflicht durch Gerichtsurteil anerkannt.

Der 8. Zivilsenat des Hamburger Oberlandgerichts hatte zu entscheiden, ob die Beteiligung der Anwälte an dem Bremer Bürgerstreik, der seinerzeit gegen die linkssozialistische Bewegung geführt wurde, berechtigt war. In dem vom 19. Januar 1920 datierten Urteil heißt es:

„Nach Auskunft des Vorstandes des Bremischen Anwaltsvereins waren während der Dauer des bürgerlichen Abwehrstreiks sämtliche bremischen Anwaltskanzleien geschlossen und die sämtlichen Anwälte hatten sich verpflichtet, keinerlei berufliche Arbeit zu verrichten. Die Unterlassung jeder beruflichen Tätigkeit war damit zur Standespflicht der bremischen Anwälte gemacht, deren Beobachtung ein Verschulden im Verhältnis zu dem Auftraggeber ausschloß. Um so bedenklicher ist dies anzunehmen, als das Vorgehen der bremischen Anwälte nicht Sonderinteressen der Anwaltschaft verfolgt hat, sondern im Interesse der Allgemeinheit zur Unterstützung des bürgerlichen Abwehrstreiks geschehen ist, an dem sich alle Kreise der bremischen Bevölkerung sowie auch die Behörden, insbesondere auch die Gerichte, durch vollständige Einstellung ihrer Tätigkeit beteiligt haben.“

Es handelt sich hier um einen Bürgerstreik, dessen Unterstützung vom Oberlandesgericht als zwingende Pflicht anerkannt wird. Ob das Gericht ebenso entschieden hätte, wenn es sich um einen Streik der Arbeiter gehandelt hätte, ist mehr als fraglich, aber man wird das Urteil im Auge behalten müssen, wenn wieder einmal das Streikrecht und die Streikpflicht der Arbeiter angegriffen wird.

Wer hat die preußische Verfassung sabotiert?

Die Rechtssozialisten in der Preußischen Landesversammlung müssen in der Verfassungsfrage ein sehr schlechtes Gewissen haben. Benutzt doch der Vorwärts die von unserm Genossen Dr. Rosenfeld bei der Vorbesprechung des Verfassungsausschusses abgegebene Erklärung, daß mit Rücksicht auf das Ergebnis der Reichstagswahlen die Preußische Landesversammlung zur Auflösung reif sei und das Recht zur Beratung der Verfassung verwirkt habe, zu dem Vorwurf gegen unsere Partei, daß sie nur die preußische Verfassung sabotiere.

Es charakterisiert die Rechtssozialisten, daß sie sich über das Votum der Reichstagswähler, die zum größten Teil auch Landtagswähler sind, einfach hinwegsetzen und die preußische Verfassung beraten wollen, obwohl niemand bezweifeln kann, daß die Landesversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht mehr der Auffassung des preußischen Volkes entspricht. „Unbeirrt durch die politische Lage,“ schreibt der Vorwärts am Sonnabend morgen, werde der preußische Verfassungsausschuß Dienstag seine Beratungen aufnehmen und am Sonnabendabend, meint der Vorwärts, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß erst nach Abschluß der Verfassungsberatung Neuwahlen ausgeschrieben werden. Die Rechtssozialisten haben während des Krieges eigenmächtig die Mandate der Reichstagsabgeordneten verlängert, bis die Revolution dazwischen fuhr. Sie haben auch die Mandate der Mitglieder der Nationalversammlung unberechtigt weit über die Beratung der Reichsverfassung hinaus aufrecht erhalten. Bei diesem Verhalten der Rechtssozialisten kann es allerdings kein Wunder nehmen, daß sie sich jetzt über das Recht der Wähler auf Neuwahlen einfach hinwegsetzen. Man sieht, daß diese Herren durch die Wahlen nicht klüger und volksfreundlicher und auch nicht — demokratischer geworden sind.

Unerhört ist aber, daß der Vorwärts nun auch noch wegen der selbstverständlichen Forderung des Genossen Rosenfeld auf sofortige Neuwahlen in Preußen den Vorwurf der Sabotage der preußischen Verfassung dem Vertreter unserer Partei machen will. Dabei ist doch klar, daß gerade die Rechtssozialisten die preußische Verfassung sabotiert haben. Ein Jahr hat es gedauert, bis die preußische Regierung der verfassunggebenden Landesversammlung auch nur den Verfassungsentwurf vorgelegt hat. In zahlreichen Gliedstaaten ist die Verfassung längst fertiggestellt. In Preußen ist man beinahe so weit, mit den Ausschußberatungen zu beginnen. Die preußische Regierung, vor allem die verflossenen Minister Hirsch und Heine, und die Regierungsparteien sind also Schuld daran, daß die Verfassungsvorlage nicht längst erledigt ist. Der Vorwurf der Sabotage trifft also in Wahrheit in erster Linie die in der preußischen Regierung maßgebenden Rechtssozialisten.

Nicht neue Verwirrung, wie der Vorwärts schreibt, würde durch die Neuwahlen geschaffen, sondern Klarheit. Die Rechtssozialisten wollen aber offenbar im Trüben fischen. Daß sämtliche bürgerliche Parteien mit den Rechtssozialisten übereinstimmen, ist kein Beweis für die Richtigkeit ihrer Stellungnahme, sondern nur dafür, daß die Rechtssozialisten trotz ihrer Wahlniederlage immer weiter die Gemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien aufrechterhalten. Es wird Aufgabe unseres Vertreters im Verfassungsausschuß, vor allem aber Sache der preußischen Wähler sein, gegen diese Sabotierung der Neuwahlen energisch Protest zu erheben

Aerzte und Krankenkassen

sind noch immer nicht zu einer vollständigen Einigung gekommen. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen teilt aus Dresden mit: Der Schiedsspruch im Aerztestreik ist von dem Verband unter der Bedingung angenommen, daß Mindest- und Höchstsätze für die Pauschbeträge der Aerzte festgesetzt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der tariflose Zustand bestehen.

Die Verhaftungen in Ludwigshafen.

Zu den gestern kurz gemeldeten Verhaftungen von Mehrheitssozialisten in Ludwigshafen teilt die Frkf. Ztg. noch mit, daß sich unter den Verhafteten die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses und des Angestelltenausschusses, sowie ein Mitglied des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik befinden. Die Wohnungen der Verhafteten wurden nach Schriftstücken durchsucht. Einer der Verhafteten, der Stadtrat Körner, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Man bringt die Verhaftungen mit den unlängst erfolgten Ausschreitungen in der Anilinfabrik in Zusammenhang. Die Arbeiterschaft fordert die Freilassung der Verhafteten und droht für den Fall der Ablehnung mit dem Ausstand.

Polnische „Versammlung“.

Bochum, 14. Juni. (WTB.) In Herne wurde eine polnische Versammlung aufgelöst, die als politische Versammlung angemeldet und genehmigt worden war, in der aber eine Musterung für die polnische Armee veranstaltet wurde. Ein Arzt untersuchte etwa 400 anwesende Männer. Nicht nur aus Herne, sondern auch aus dem weiteren Industriegebiet waren die Leute erschienen. Einladungen zu dieser Musterung sollen sogar nach Oberhausen, Duisburg, Mülheim und anderen Orten ergangen sein. Sämtliches Material, vor allem die Listen wurden beschlagnahmt.

Notizen.

Die verfassunggebende Versammlung der zukünftigen freien Stadt Danzig, der 120 Abgeordnete angehören, wurde gestern eröffnet. Sir Reginald Tower hielt eine Ansprache und erklärte die verfassunggebende Versammlung für eröffnet. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Hauses, zu dessen Präsidenten der deutschnationale Abgeordnete Generalsuperintendent Reinhard gewählt wurde.

Neuer Roheitsakt französischer Soldaten. In Gleiwitz wurde heute der kaufmännische Beamte der Huldschinskywerke Buchwald von zwei französischen Soldaten um Feuer gebeten, er entsprach dem Verlangen. Als er dann die Hand ausstreckte, um die Streichhölzer zurückzuerhalten, wurden die Franzosen tätlich und bearbeiteten Buchwald mit ihren Seitengewehren und Fußtritten, so daß er besinnungslos liegen blieb und anscheinend mit inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Defizitwirtschaft der Straßenbahnen. In Mannheim teilte der Straßenbahndirektor angesichts der Erhöhung der Straßenbahntarife mit, daß das Defizit der Straßenbahn 4½ Millionen Mark betrage und im neuen Jahre mit einem Fehlbetrag von 8½ Millionen Mark zu rechnen sei.

Streik der städtischen Arbeiter in Düsseldorf. In Düsseldorf streiken seit Sonntag nachmittag die städtischen Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke. Viele Betriebe müssen schließen aus Mangel an elektrischem Strom. Die Gasbeleuchtung ist vollständig unterbunden. **Der Streik ist entbrannt wegen Lohndifferenzen.**

Der Zusammenbruch der Kaufkraft.

Die Krise, unter der augenblicklich unser Wirtschaftsleben steht, spiegelt sich in zahllosen Erörterungen innerhalb der Presse und der Bevölkerung wider. Die Faktoren, die die Möglichkeit einer Gesundung geben können, werden untersucht und es ist bezeichnend, daß von den verschiedensten Seiten trotz aller Nachweise der unzulänglichen Entlohnung der Arbeiterschaft, der Angestellten und Beamten immer wieder der Gedanke in den Vordergrund gedrückt wird, zunächst einmal müsse an einen Abbau der Löhne herangegangen werden. Es ist nun aber ganz unzweifelhaft, daß die Kosten der Lebenshaltung nach allen statistischen Berechnungen im Laufe der letzten Monate stets eine steigende Tendenz gezeigt haben und daß trotz verschiedener Ermäßigungen auf einzelnen Gebieten bis heute noch nichts von einer Entspannung in dieser Hinsicht zu bemerken ist. Seit dem Beginn des Krieges hat sich offensichtlich die Höhe des Realeinkommens trotz der nominell gestiegenen Löhne verringert und seit der Preisrevolution des letzten Jahres ist das Mißverhältnis in erschreckendem Maße gewachsen. Schon vor mehreren Monaten konnte an Hand ganz genauer Berechnungen bewiesen werden, daß die Tarife sämtlicher Angestellten- und Arbeiterkategorien Entlohnungen vorsahen, die in keinem Falle zur notdürftigen Ernährung einer kleinen Familie im Rahmen des von den Statistikern errechneten Existenzminimums ausreichten. Die natürliche Folge dieser Zustände zeigt sich darin, daß die Menge von Gebrauchsgütern, die das Proletariat noch zu erwerben in der Lage war, von Woche zu Woche sich verringerte. Ganz abgesehen von den zahlreichen Schichten der Bevölkerung, die durch Arbeitslosigkeit, Invalidität, Alter und dergleichen an der Ausübung ihres Berufes gehindert und dadurch auf die ihnen gewährten Unterstützungen angewiesen waren, die also unter den bestehenden Preisverhältnissen einer unerträglichen Verelendung ausgesetzt sind, ergibt sich auch bei sämtlichen tätigen Arbeitnehmern, die die tariflichen Einkommen beziehen, eine unausgesetzte Verschlechterung der Lebenshaltung. Durch die Einführung der zahlreichen indirekten Steuern, die ohne Ausnahme auf den Konsumenten abgewälzt werden, wird die Belastung der großen Massen des Volkes gesteigert. Durch die Einkommensteuer, die mit 10 Prozent vom Arbeitgeber sofort bei der Lohnzahlung einzuziehen ist, ergibt sich eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu vermehrter Unterernährung, Kleidungsmangel und Vernachlässigung der kulturellen Aufgaben innerhalb der Arbeiterschaft führen muß.

Da die Lohneinkommen der großen Masse der Bevölkerung eine ausreichende Güterbeschaffung nicht gestatteten, verringerte sich naturgemäß das Quantum an Waren, das von der Bevölkerung für den eigenen Gebrauch gekauft werden konnte. Sobald der Konsum der wohlhabenden Schichten abflaute, resp. aus irgendwelchen Gründen eine Kaufunlust bei diesen Gruppen der Bevölkerung eintrat, wurde die deutsche Gütererzeugung in stärkstem Maße vom ausländischen Absatz abhängig. Nachdem sich nunmehr auch ähnliche Kriegserscheinungen wie bei uns in der ganzen Welt zeigen, ist im Zusammenhange mit der Besserung der Valuta, die auch die billige Verkaufsmöglichkeit des deutschen Produzenten im Auslande beseitigt hat, die allgemeine Stockung des Absatzes bei uns eingetreten, die zu einer immer größeren Gefahr für unser Wirtschaftsleben wird, je weitere Gebiete der Produktion sie ergreift.

Die mangelnde Kaufkraft des arbeitenden Volkes allein also ist letzten Endes die entscheidende Ursache der bestehenden Krise. Darum ist es natürlich auch eine vollkommene Verkennung der wirklichen Lage, wenn man eine Besserung von der Verbilligung der Löhne, also der weiteren Senkung der Kaufkraft, erwartet. Dadurch würde das gefährdende Moment noch verstärkt, die Stockung des Absatzes keinesfalls behoben werden, selbst wenn man die unwahrscheinliche Voraussetzung unterstellen will, daß die Organisationen der Arbeiterschaft zu einer derartigen Politik sich bereit finden würden. In Wirklichkeit kann natürlich — ganz abgesehen von allen anderen wesentlichen Vorbedingungen eines tatsächlichen Wiederaufbaues unserer Wirtschaft — die einzig wirksame Maßnahme nur in der Richtung liegen, daß die Preise der Rohmaterialien gesenkt und die Kalkulationssätze der Fabriken usw. einer gründlichen Revision unterzogen werden. Es ist während des Krieges, als der Staat bei seinen Einkäufen nach der Höhe des Preises nicht zu fragen pflegte, in der ganzen Welt üblich geworden, Profite einzukalkulieren, die jeder wirtschaftlichen Vernunft, auch vom kapitalistischen Standpunkt aus, widersprechen, da sie einen großen Teil der Arbeitswerte für den Besitzer der Produktionsmittel in Anspruch nehmen, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft immer tiefer sinkt, worunter, wie wir gesehen haben, wieder die Möglichkeit der Produktion entsprechend leiden muß. Außerdem ist natürlich auch vom Standpunkt des Kapitalisten die Entlohnung des Arbeiters in der Höhe notwendig, daß er wenigstens seine volle Arbeitskraft für die Erzielung großer Arbeitsleistungen einzusetzen vermag.

Eine weitere Erhöhung der Zwischengewinne ist durch den Handel erfolgt, der sich bei dem Mangel an Gebrauchsgütern und der stürmischen Nachfrage nach Waren als preistreibender Faktor in einem unerhörten Maßstabe in den Zirkulationsprozeß einschaltete. Es ist ja bekannt, daß bis zum Ausbruch dieser Krise viele Waren durch mehr als zehn Zwischenglieder wanderten, ehe sie in den Besitz des Konsumenten gelangten. Auf jeder dieser Stationen aber ergab sich ein bedeutender Handelsprofit, der die Preise der Waren steigerte und damit zur Erhöhung der Ausgaben des ganzen Volkes außerordentlich viel beitrug. Die Organisation einer zweckmäßigen Warenverteilung unter Ausschaltung des Handels ist eine dringende Aufgabe der arbeitenden Bevölkerung, die sich dadurch von einer Reihe wirtschaftlicher Faktoren unabhängig machen kann, die heute zumeist erheblich an der Ausbeutung beteiligt sind. In anderen Ländern ist der Zusammenschluß in Konsumvereinen unverhältnismäßig weiter fortgeschritten als bei uns. Wir müssen uns im klaren sein, daß die Verbindung der Bevölkerung in Konsumentenverbänden gerade für die Durchführung der Sozialisierung bedeutungsvoll zu werden vermag, da sich dadurch die direkte Verbindung zwischen Produktion und Konsum leichter bewerkstelligen läßt als unter den jetzigen Verhältnissen. Wir wissen, daß gerade in der Sphäre des Handels Widerstände vorhanden sind, denen man in dieser Form die Spitze abbrechen kann, sobald man sich von ihnen unabhängig macht.

Wir haben bereits vorher darauf hingewiesen, daß naturgemäß derartige Teilmaßnahmen nicht dazu ausreichen können, eine wirkliche Besserung herbeizuführen, sondern daß diese nur durch eine planmäßige Organisation der Wirtschaft zu erzielen ist, die aufs engste mit der Frage der Vergesellschaftung verbunden bleibt. Die Ausschaltung der hemmenden Tendenzen, der veralteten Herstellungsmethoden muß zusammentreffen mit der Ausnutzung der durch Standort, Produktionsmittel usw. gegebenen Möglichkeiten einer erweiterten Erzeugung und der Vereinheitlichung, die in allen Industrien nach Aussage der Sachverständigen unabsehbare Aussichten auf Verbilligung und Erhöhung der Produktivität bieten. **Im Augenblick aber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Entlohnung der Arbeiterschaft unzulänglich ist und daß eine Ermäßigung der Löhne ganz undenk-**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0002

bar erscheint. Dem Zusammenbruch der Kaufkraft muß dadurch begegnet werden, daß durch niedrigere Preisstellung bei mindestens gleichbleibenden Lohnsätzen eine Erhöhung des Realeinkommens durchgeführt und der Bedarf des Volkes wenigstens einigermaßen gedeckt wird. Die Regierung hat die Pflicht, die Widerstände des privatkapitalistischen Unternehmertums rücksichtslos zu brechen und dafür zu sorgen, daß die augenblickliche Stillegung eines Teiles der Produktion in den wichtigsten Bedarfsindustrien sofort behoben und für die Fortführung der Erzeugung gesorgt wird.

Gewerkschaftliches.

Ein Konflikt im Metallarbeiterverbande.

Richard Müller legt die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung nieder.

Mit seiner Leitung der Metallarbeiter-Zeitung war der Genosse Richard Müller im Gegensatz zum Vorstande des Metallarbeiterverbandes geraten. Jetzt hat nun der erweiterte Beirat des Verbandes zu dem Konflikt Stellung genommen und seine Entscheidung in folgender Entschließung niedergelegt:

„Der erweiterte Beirat billigt die Haltung des Vorstandes, die derselbe unter Wahrung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages gegenüber der Haltung des Kollegen Rich. Müller, der Redakteur unseres Verbandsorgans ist, eingenommen hat und verlangt von der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung den Vorstand in seiner Haltung zu unterstützen. — Von dem Kollegen Richard Müller ist zu verlangen, daß er seine Redaktionstätigkeit in Stuttgart ausübt und der Redaktion seine Kraft widmet. Die Doppelstellung und Haltung, die Kollege Richard Müller bisher als Vorsitzender der Berliner Betriebsrätezentrale wie andererseits als Redakteur unseres Verbandsorgans einnimmt, ist eine unhaltbare für unsere Organisation. Der erweiterte Beirat nimmt Kenntnis von der Erklärung des Vorstandes, in besonderen Sitzungen mit der Redaktion alle Fragen zu besprechen, da eine gemeinsame Aussprache von dem einen oder anderen Teil erwünscht erscheint."

Auf Grund dieser angenommenen Entschließung hat Richard Müller seine Stellung als Schriftleiter der Metallarbeiter-Zeitung aufgegeben.

Die Reichsschulkonferenz.

Berlin, den 14. Juni 1920.

4. Tag.

Staatssekretär Schulz eröffnete die Sitzung um 9 Uhr. Zur Beratung stand das Thema:

Lehrerbildung,

zu welchem fünf Referenten vorgesehen und etwa 60 Diskussionsredner angemeldet waren.

Direktor Dr. Louis (Berlin): Hochschullehrer und Philologen (Lehrer an höheren Schulen aller Art) sind mit ihrer Vorbildung zufrieden, die Volksschullehrer nicht. Das muß anders werden. Alle Lehrer müssen die gleiche Vorbildung erhalten, müssen durch Grundschule und höhere Schule gehen damit sie sich besser verstehen. Meinungsverschiedenheiten herrschen nur noch darüber, ob die Volksschullehrer die Universität oder eine besondere Akademie besuchen sollen. Standesinteressen scheinen hier mitzuspielen, sie sollten es aber nicht. Die Jugend bilden kann nur, wer selbst Bildung besitzt. Der Volksschullehrer erhält seine Ausbildung am besten auf pädagogischen Akademien, die an Orten mit reicher Bildungsgelegenheit zu errichten wären. An diesen Akademien muß von Anfang an neben der theoretischen die praktisch-didaktische Unterweisung einherlaufen. Die gesamte Lehrerschaft, die der Volksschule, der Studienanstalt, der Fachschule, der Hochschule muß sich eins wissen als Träger der einen hohen Aufgabe der Volksbildung. Der Bildungsgang der Lehrerinnen ist grundsätzlich dem der Lehrer anzugleichen. Der Schuldirektor ist von der Behörde zu ernennen. Die Philologenkammern müssen Einfluß auf die Zusammensetzung der Behörde haben und Vorschläge für die Ernennung zum Direktor machen können. Der Lehrer muß unmittelbarer Staatsbeamter sein und ausschließlich staatlicher Aufsicht unterstehen. Die Schulverwaltungsbehörden sind selbständig zu gestalten. Der Lehrerschaft ist Mitwirkung zu eröffnen, ebenso den Elternbeiräten.

Schulrat Muthesius (Weimar): Die Idee der Einheitsschule erfordert die innere

Vereinheitlichung des Gesamtlehrerstandes.

Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln. Der Zugang zum Lehrerberuf muß von jeder höheren Schule aus stattfinden können. Die neue deutsche Oberschule, wurzelnd in den Kultur- und Bildungswerten des eigenen Volkstums, wäre einer der Bildungswege für den Volksschullehrer. In der Berufsbildung darf keine Scheidewand zwischen den Lehrergattungen errichtet werden. Die Reformgedanken der Einheitsschule müssen auch auf die Oberlehrerbildung Einfluß gewinnen. Der Leitgedanke des Berufsstudiums muß sein, diejenigen formenden und gestaltenden Kräfte zu entbinden, die wir als unerläßliche Eigenschaften der ersten Erzieherpersönlichkeit ansehen. Diese Persönlichkeitsausgestaltung kann durch nichts mehr gefördert werden, als durch ein möglichst enges Gemeinschaftsverhältnis zum Kinde und zur Jugend. Unterricht und Erziehen ist eine Kunst. Die pädagogische Akademie muß vollen Hochschulcharakter tragen.

Oberlehrerin A. Pfennings (Berlin): Die höhere deutsche Schule, deutsche Oberschule oder deutsches Gymnasium, erscheint als die heitgeeignete Form, welche der angehenden Lehrerin zu empfehlen sein wird. Die neue Hochschule muß die weibliche Sonderart in besonderen Formen ausgestalten. Die Pädagogik muß mehr als bisher in die wissenschaftliche Forschung eingeglidert werden.

Rektor Pretzel (Berlin): Der Lehrer bedarf wissenschaftlicher Ausrüstung, allgemeinen Fachwissens, seelen- und jugendkundlichen Wissens, erziehungs- und unterrichtskundlichen Wissens, pädagogischer Technik. Alle Lehrer, auch die Volksschullehrer, haben ihre Bildung zusammen mit den Anwärtern anderer wissenschaftlicher Berufe, also mit ihnen auf denselben höheren und Hochschulen zu erhalten. Die Universitäten müssen sich also die nötigen Einrichtungen dafür schaffen. Sonderakademien sind vom Uebel und auch zu spielerig.

Prof. Spranger (Leipzig): Die Erzieherfrage ist organisatorisch überhaupt nicht zu lösen. Durch wissenschaftliche Pädagogik wird kein Erzieher geschaffen. Erzieherstum ist kein Stand und keine Reihe von Ständen. Standesbewußtsein verträgt sich nicht mit den tieferen Eigenschaften des Erziehers, das pädagogische Genie ist etwas Elementares. **Der Lehrer selbst muß ein ganzer Mensch sein** und er muß von seiner Sache voll sein. Die Universitäten sind für diese Bildungsaufgabe an sich ungeeignet, wenn auch das meiste, was auf dem Gebiet wissenschaftlicher Pädagogik geschaffen ist, und das ist sehr viel, von Akademikern ausgegangen ist. Die Universität ist gut für Fachlehrer mit Fachwissen. Die pädagogische Hochschule muß die technische Seite der Pädagogik betonen, daneben die Heilpädagogik, die Sozialpädagogik. Das unbedingte Aufsichtsrecht des Staates über die Schule begrenzt ihre Selbstverwaltung. Bewegungsfreiheit ist den Schulen zu gewähren in rein inneren, pädagogischen Angelegenheiten, dagegen scheiden politische, Standes- und finanzielle Angelegenheiten aus. Die Schulversammlungen, zu denen neben den Lehrern auch die Eltern und andere Berufsgruppen beizuziehen sind, hätten sich ebenso zu beschränken.

Für die Aussprache waren 40 Redner mit 5 Minuten Redezeit zugelassen.

Staatssekretär Tröltzsch (Berlin) ist selbst durch die Volksschule gegangen; seine Lehrer dort seien die besten Erzieher gewesen, aber später verlange man nicht mehr so viel Erziehung. Der Volksschullehrer müsse dem Schüler soviel Stoff übermitteln, daß keine Zeit bleibe, Untersuchungen über die Herkunft dieses Stoffes nach wissenschaftlicher Methode anzustellen. Diese Erforschung des Wesens der Erzeugung des Denkens sei eben Sache der Hochschule.

Von mehreren Seiten wurde kollegialische Schulverwaltung gefordert, das Vorgesetzten-Rektorat, das Schulpapstrum sei unzeitgemäß.

Prof. William Stern (Hamburg) forderte vertiefte psychologische Schulung des künftigen Lehrers an jeder Art der Lehrerbildungsanstalten und Berührung des künftigen Lehrers mit der Jugend schon während des Fachstudiums, und zwar sowohl des Akademikers mit den Kindern der Volksschule, wie des Volksschullehrers mit den Zöglingen höherer Schulen.

Fräulein Lydia Sicker von der internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit erinnerte daran, daß die Römer auf die aus dem Sklavenstande stammenden Frauen der ersten Christen hingewiesen hätten mit den Worten: Seht, wie sie einander lieb haben. Friede, Freiheit und Versöhnung von Klasse zu Klasse, von Volk zu Volk müsse gepredigt, durch Güte ein neuer Weg des Zusammenfindens gesucht werden.

Herr Ortmann (Wien) sprach über den Entwurf der österreichischen Lehrerkammern zur Einheitsschule.

Lehrer Willich führte aus, der Gegenstand aller Erziehung sei der Mensch, nicht die Wissenschaft oder der Beruf. Hierzu bedürfe es mehr Pädagogik für den Lehrer. Die bisherigen Ergebnisse der Konferenz seien der beste Beweis für die Notwendigkeit, eine neue Grundlage für die Lehrerbildung zu schaffen.

Prof. Rein (Jena): Der besondere Vorzug des Seminars, die Verbindung von Theorie und Praxis, könne durch die Universität, wie sie ist, nicht ersetzt werden, da diese nur Lehre. Erzieher könne man nur erziehen im kleinen Kreise, die Masse erdrücke die Einwirkungen. Mögen pädagogische Hochschulen und Universitäten in Wettbewerb treten.

Dr. Wyneken: Der Volksschullehrer habe ein Recht darauf, das Bildungsgut, das er übermitteln soll, selbst an den Quellen zu prüfen, also an der Universität. Er möge sich aber dann hüten, in die Wissenschaftsoläubigkeit zu verfallen, die der größte Fehler unserer Zeit sei. Die neuen Akademien seien dem Redner schon dadurch verdächtig, weil die Theologen sich soviel darum bemühten.

Minister Seiffert sprach gegen eine gesonderte Hochschulart pädagogischen Charakters. Die Bedenken gegen die Zulassung der Lehrer zu den Hochschulen müßten und könnten beseitigt werden, nicht durch Machtmittel, sondern durch die Macht der Ueberzeugung.

Es folgten die Schlußworte der Referenten, von denen Rektor Pretzel hervorhob, daß die Frage, ob Universität oder pädagogische Hochschule lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage sei, und daß, wenn die Universitäten, wie sie seien, nicht ausreichten, alle werdenden Volksschullehrer aufzunehmen, dies kein Beweis dafür sei, daß die Universitäten nicht entsprechend um- und ausgestaltet werden könnten. Schulrat Muthesius glaubte feststellen zu können, daß die Debatte gezeigt habe, die Oeffentlichkeit stehe den Forderungen nach höchster Bildung für die Volksschullehrer wesentlich günstiger gegenüber als früher.

Die Sitzung schloß nach 4¼ Uhr.

Allerlei.

Schweres Automobilunglück.

Wie die Blätter melden, fuhr ein Auto-Omnibus der Strecke Oppeln-Proskau gegen einen Baum und stürzte eine Böschung hinunter. Hierbei wurden 12 Personen schwer, zum Teil lebensgefährlich verletzt. Das Unglück ist auf Versagen der Steuerung zurückzuführen.

Heuschreckenplage in Spanien.

Nachrichten aus Logrono und verschiedenen benachbarten Orten besagen, daß ein großer Teil der Ernte durch Heuschrecken vernichtet ist. Die Bevölkerung hat den Kampf gegen die Heuschreckenplage aufgenommen, die weiter um sich greift.

„Bombenerfolg" einer Opernvorstellung. Wie Havas meldet, explodierte in Havanna während einer Vorstellung der Oper Aida, gerade als Caruso sang, eine Bombe. Es entstand eine große Panik, mehrere Personen wurden verletzt. Caruso konnte im Kostüm in sein Hotel zurückkehren.

Versammlungsberichte.

In der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Halle, berichtete Kollege Arndt ausführlich über die Verhandlungen des Verbandstages, der am 31. Mai in Leipzig tagte. Ueber die am 4. Juni stattgefundene Lohnverhandlung mit dem Unternehmerverband erstattete die Verhandlungskommission Bericht. Hieraus ging hervor, daß die Unternehmer wieder den gewohnten hartnäckigen Standpunkt eingenommen haben, indem sie sich in Verhandlungen über die eingereichten Forderungen gar nicht einließen. Ihrer Meinung nach ist die Forderung von 7,50 Mk. viel zu hoch, dagegen entspreche der jetzt gezahlte Lohn von 5,07 Mk. den augenblicklichen Verhältnissen! Die Versammlung beschloß, in dieser Angelegenheit den Schlichtungsausschuß anzurufen und nahm folgende Entschließung an: „Die Versammlung der im Zentralverband organisierten Zimmerer von Halle und Umgegend ersieht aus der schroffen Ablehnung der Lohnforderung von seiten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, Zugeständnisse zu machen; die Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer in Halle erklären daher, mit allen Mitteln ihre Forderung zur Durchführung zu bringen und im gegebenen Augenblick die Arbeit niederlegen zu wollen." Zum Schluß der Versammlung machte der Vorsitzende noch verschiedene Mitteilungen über die Bauausführungsgenossenschaft.

Die Bauarbeiter hielten am 10. Juli im Volkspark ihre Mitgliederversammlung ab. Das Andenken der verstorbenen Kollegen Karl Bock und Eduard Hoffmann wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. Kollege Brauns berichtete über die trotzlich stattfindenden Lohnverhandlungen und gab bekannt, daß die Halleschen Bauunternehmer jede Lohnerhöhung ablehnen mit der famosen Begründung, die Lebensmittelpreise seien in der letzten Zeit stark gesunken und würden noch weiter sinken! Selbstverständlich löste diese unverschämte Behauptung des Unternehmertums die stärkste Entrüstung der Versammlung aus. Die Bauunternehmer gedenken aus den gegenwärtigen Verhältnissen für sich etwas herauszuschlagen. Da in Halle so gut wie keine Arbeitsgelegenheit besteht, — dieser Zustand ist allerdings künstlich erzeugt worden — wäre es unsinnig, jetzt in den Streik zu treten. Es soll vielmehr versucht werden, in den Gegenden, wo die Arbeitsgelegenheit günstiger ist, möglichst viel für die Kollegen herauszuholen, denn die Bauarbeiter müssen es sich zur Parole machen, zu streiken, wann und wo es ihnen paßt, und nicht wenn die Unternehmer den Streik gern sähen. Diese Ansicht fand allgemeinen Beifall. In nächster Zeit soll durch Vermittlung des Oberpräsidenten nochmals versucht werden, für den ganzen Bezirk in Verhandlungen einzutreten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer bekannt, daß vom 1. Juli an die Beiträge für die Hauptkasse 2,60 Mk. und für die Lokalkasse 1,30 Mk. betragen müssen. Da aber infolge der immer noch steigenden Ausgaben mit 1,30 Mk. schlecht auszukommen ist, hatte der Vorstand beschlossen, der Versammlung die Erhöhung des Beitrages auf 4,50 Mk. zu empfehlen. Einem aus der Versammlung gestellten Antrag 4 Mk. als angemessen zu betrachten, wurde stattgegeben. Kollege Hübner teilte mit, daß sich eine große Anzahl Bauarbeiter bei der Technischen Nothilfe befinden, es handelt sich zum Teil um Lehrlinge und Bauschüler, aber auch um Kolleagen, die im Verband organisiert sind. Deren Namen wurden bekannt gegeben; allen Kollegen aber wurde empfohlen, die Leute über den Zweck der Technischen Nothilfe zu belehren. Die bei uns organisierten Kollegen sollen vor der Vorstandssitzung geladen werden. Mit dem Wunsche, daß in der nächsten Versammlung über die Frage der Lohnerhöhung Besseres berichtet werden könne, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Hans Vogel; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Jansen; für Anzeigen: Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

12

Es saust das Rad ...

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

Annie Kintzer pflegte oft zu sagen:

„Die Rosie sehe ich eines schönen Tages noch vor die Hunde gehen . . ."

Es wurde drei — halb vier — dreiviertel vier.

Die Spannung war kaum mehr zu ertragen.

. . . Und da plötzlich ging es wie ein erfrischender Wind durch den Saal. Angelina begann zu singen. Sie sang irgend ein sentimentales Lied; aber dies Lied wurde in diesem Augenblick zu einem Freiheitsgesang; es bedeutete, daß nun doch endlich bald das Ende der Arbeit herannahe. Eine nach der anderen stimmte ein, bis daß schließlich ein ganzer Chor beisammen war.

Dunkt vier Uhr war die letzte Schachtel fertig; die Maschinen schnauften ein paarmal schwerfällig und hielten dann plötzlich inne, und wieder zog die tiefe Stille des Feierabends ein in den Saal.

Schemelbesen und Eimer wurden herbeigeschleppt, denn es war ja Sonntag, und unter Lachen und Singen putzten und scheuerten wir etwa eine halbe Stunde lang unseren Arbeitssaal. Es war, als sei alle Plackerei und Not wie mit einem Schlage vergessen . . .

Henriette schickte mich in den Toilettenraum, um frisches Wasser zu holen, und während der Botsch wollief, betrachtete ich mir die Kleider meiner Kolleginnen die rinsaum an den Wänden hingen. Da waren regelrechte Promenadenkleider, helle Frühlingsjacken, schwarze Seidenröcke mit Spitzenbesatz, und alle möglichen anderen Dinge, die sich verhältnismäßig billig den Modellen in den großen Modegeschäften nachmachen lassen. Zwischen all diesen Herrlichkeiten hingen noch die Ballkleider von der vergangenen Nacht, die nun an diesem Ostersamstag neuerdings ausgeführt werden sollten, und unter den Kleidern standen in langen Reihen Lackschuhe mit hohen Absätzen, mit Goldspangen und großen Seidenschleifen geschmückt. Die Hüte paßten sich in allem der sonstigen Kleidung an: sie waren meist groß und über und über mit Blumen oder mit Federn bedeckt.

„Wieviel schwere Arbeit müssen all diese Kleider und Schuhe und Hüte gekostet haben . . .?" fuhr es mir unwillkürlich durch den Sinn, während ich mich beeilte, meinen Wasserbottich wieder herzubringen. Und Henriette gab mir später auf meine Frage die Antwort.

„Ich liebe es, mich zu putzen," sagte sie, während wir die Straße hinabgingen, „und wenn ich dafür arbeiten müßte, bis ich gerade zusammenbreche! O, wenn Sie erst einmal meinen neuen Hut gesehen haben werden! Etwas Eleganteres gibt es, glaube ich, nicht in ganz Neuyork . . .!"

Sie hatte ihren Wochenlohn von vier Dollar in ihren Strumpf gesteckt.

Nun legte sie ihren Arm in den meinen und zog mich die Straße hinab, die ganz mit heimwandernden Arbeitern angefüllt war.

Achtes Kapitel.

Es war ein prächtiger, warmer Tag, einer jener Tage, an denen man merkt, daß es mit dem Frühling nun wirklich ernst wird. Als wir aus der Fabrik kamen, lag Thompson Street im Schatten, an den Straßenkreuzungen aber schien die volle Nachmittagssonne herein.

Henriette trug einen schwarzen, staubigen Sammethut mit einer großen Straußenfeder und schmutzigem, weißen Chiffon und dazu ein helles Sommerjackett, das jedoch nicht lang genug war, um die Sicherheitsnadeln zu verdecken, mit denen sie während der Arbeit ihr Kleid hochgeschürzt hatte, und die sie vergessen hatte, herauszunehmen.

Während sie ihr Kleid in Ordnung brachte, sah ich die lange Straße hinab. Den ganzen Tag über hatte ein heftiger Wind diese Staubwolken durch die Stadt hingejagt; nun, nachdem die Menschen eine lange Arbeitswoche hinter sich und die Freiheit wieder hatten, sah es beinahe aus, als hasteten sie mit den grauen Staubwolken um die Wette. Von allen Seiten brummten und gellten die Sirenen der Fabriken überall öffneten sich knarrend die schweren Fabriktore und spien dichte Ströme von Arbeitern aus. Da waren alle möglichen Rassen und Nationen vertreten: Deutsche und Russen, Spanier, Italiener, Griechen, Juden, Skandinavier und „freigeborene" Amerikaner.

Die meisten sahen froh und zufrieden aus, denn sie hatten ja ihren Wochenlohn in der Tasche oder, wie Henriette, im Strumpf, was in der Tat eines der besten Mittel gegen die Taschendiebe ist, die in allen Ecken und Kanten auf Beute lauern.

Ostersamstag!

Ich hatte es beinahe wieder vergessen gehabt, daß es Ostersamstag war. Darum also waren heute so viele Menschen unterwegs! Und darum wimmelte es überall von fliegenden Händlern, die mit mächtigem Stimmenaufwand ihre Waren an den Mann zu bringen suchten!

Henriette machte bald bei diesem, bald bei jenem halt, aber sie ging schließlich doch immer wieder weiter, denn sie hatte keine Lust, sagte sie, ihr sauer verdientes Geld für derartige Kinkerlitzchen anzulegen. Erst vor dem Karren eines Italieners, der bunte Heiligenbilder verkaufte, wurde sie wankelmütig und begann zu feilschen.

Den heiligen Petrus mit einer prächtigen roten Kappe und goldenen Sandalen konnte man schon um 10 Cent haben, dahingegen kostete die Jungfrau Maria mit dem Jesuskind ganze 25 Cent.

„Das ist ja die reine Halsabschneiderei!" rief Henriette in dem Augenblick, als Angelina mit einer Madonna im Arm neben uns auftauchte, damit beschäftigt, das zurückerhaltene Geld nachzuzählen. Bis sie endlich damit fertig war, schritten wir zu dritt schweigend dahin.

„Wie kränklich du aussiehst!" sagte Henriette, indem sie die schmächtige, unentwickelte Gestalt Angelinas in dem schwarzen Seidenmantel musterte, der, wenn er vorne aneinanderklappte, eine blaue Arbeitsschürze voller Kleisterflecken zeigte.

„Warum ziehst du denn übrigens deine Schürze nicht aus?" fragte Henriette.

„Das ist gleich," sagte Angelina müde. „Nach wie schaut doch kein Mensch mehr . . ."

„Warum denn nicht?" fragte ich.

„Ja, wissen Sie das denn nicht?"

„Was soll ich wissen?"

„Daß ich Mutter bin . . ."

„Mutter —?" fragte ich ganz verblüfft und sah unwillkürlich an der schwachen Kindergestalt herab.

„Ja, wo er sind Sie denn eigentlich Angelina?"

„Ich bin fünfzehn, das heißt, ich werde es demnächst."

„Und Sie sind bereits richtig verheiratet?" fragte ich entsetzt.

„Ja, wenn Sie es nicht glauben, dann sehen Sie her —". Und sie hielt mir ihre schwarze Arbeitsjacke vors Gesicht, an deren Ringfinger ein breiter, goldener Ehering glänzte. „Ich bin richtig verheiratet, allerdings!"

„Nein, Sie dürfen mich nicht mißverstehen! So war das nicht gemeint," beeilte ich mich zu sagen. „Aber Sie sehen noch so furchtbar jung aus . . . . . Ich habe wirklich geglaubt, daß Sie nur spaßen . . ."

„Da gibt es nichts zu spaßen," sagte Angelina bitter, „wenn einem eines schönen Tages der Mann auf und davon geht, und man sitzt da mit einem Kind, für das man alleine sorgen muß."

„Ja, haben Sie auch bereits ein Kind?"

Sie nickte, und über ihr kleines, verhärmtes Gesichtchen flog ein glückliches, unendlich zärtliches Lächeln.

(Fortsetzung fol.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.
Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.
Fernsprecher 1473.

Mitgliederversammlung.
Büschdorf-Reideburg.
Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Probst, Reideburg.
1652 **Der Vorstand.**

Gemeinderats-Wähler-Versammlungen

für **Ammendorf** und den früheren Orten **Beesen, Burg, Osendorf, Planena** und **Radewell**

Mittwoch, den 16. Juni, abds. 8 Uhr,
in der Broihanschenke u. im Gasth. Radewell.

Es sprechen die Genossen
Amtsvorsteher Driebusch und **Stadtverordneter Hildebrandt**
1653 über:

Die Aufgaben in der neuen Gemeinde Ammendorf.

Wählerinnen und Wähler! Durch den erfolgten Zusammenschluß erwachsen der Gemeinde neue, höhere Aufgaben.

Werbt für guten Versammlungsbesuch. Werbt für guten Ausgang der Wahlen. **Das Wahlkomitee.**

Oppin.

Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal:

Mitglieder-Versammlung

des Krankenversicherungs-Vereins für Maurer, Zimmerer und Berufsgenossen für Halle und Saalkreis.

Tagesordnung:
1. Vorstandswahl.
2. Ersatzmännerwahl.
3. Kassenbericht.
4. Verschiedenes. *766

Der Vorstand.

Friseurgehilfen u. Friseusen.

Mittwoch, den 16. Juni 1920, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Augustiner Bräu.
Allseitiges Erscheinen erforderlich.
1642 **Der Vorstand.**

Für Gewerkschaftsfeste,
Kinder-, Garten- und Volksfeste: 169
Stocklaternen, Fackeln mit Lichte, **Tragstäbe, Girlanden** und sonstige **Kinder-Belustigungs-Geschenke** und **Verlosungs-Artikel** empfiehlt
Paul Lange, Merseburgerstr. 168,
Nähe Riebeckplatz. Neben Apollo-Theater.

Echt Nordhäuser Kautabak.

Rein Übersee-Rauchtabak, Zigarren, Zigaretten, 1125
stets zu haben im **Zigarrenversandhaus**
Emil Friedrich, Friesenstraße 22.
Telephon 2721.

Nähr- u. Kräftigungsmittel

Biomalz 12,— Mk., **Biocithin** 16,50 Mk., **Sanatogen** 5,70 u. 11,- Mk., **Urkraft** 5,- Mk., **Kindermehl** 3,— Mk., **Emulsion** 10,— Mk., **Lecin-Tinktur** 9,50 Mk., **Haferkakao** Pak. 8,50 Mk., **Prima Kakao** ¼ Pfund 7,— Mk., **Deutsche Schokoladen** verschied. Preise.
Alles erhältlich in der
Sanitäts-Drogerie
Ernst Meyer, *716
Telephon 236. Radewell. Telephon 236.

Sozialdemokr. Verein für Halle-Saalkreis
(USPD.)

Voranzeige!

Donnerstag, den 17. Juni, abends 7½ Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Was lehren uns die Wahlen?**
2. Freie Aussprache.
3. Vereinsangelegenheiten.

Am Eingang ist das Mitgliedsbuch vorzuzeigen.
1655 **Der Vorstand.**

Geschäfts-Uebernahme!

Dem verehrlichen Publikum zur gefälligen Kenntnis, daß ich das

Varietee Bratwurstglöckle,

Alte Promenade 11, Ecke Gr. Ulrichstr.,

käuflich erworben und renoviert habe. Ich werde bestrebt sein, dasselbe von nun an als ein gutes **Familien-Varieté** zu führen und bin bemüht, den höchsten Ansprüchen meiner Gäste betreffs Speisen und Getränke gerecht zu werden und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Erich Diester.**

Ab 16. Juni, Anfang 6 Uhr:
Verzügl. urkom. Spielplan.

Anni Henneck, Liedersängerin. **Gretel Valori,** Vortragskünstlerin. **Lenchen Berger,** Stimmungs-Soubrette.
Vogginger-Trio, akrobatische Jongleure. **Marie und Richard,** „Der lebende Spielball"
Gustl Bachran, Chanson. u. Humorist. **Urkom. Posse.** **Paul Straube,** Komiker.
Grete und Paul Thomsen, Gesangs-Tanz-Duett. 1639

Viel Geld braucht man zum Reisen,
Drum bringt mir eure
Lumpen, Papier und Eisen . . .

Ich zahle für:

Lumpen . . . . . Kilo	40 ₰	Schmiedeeisen . . Kilo	20 ₰
Papierabfälle . . „	30 ₰	Ofenguß . . . . „	20 ₰
Bücher . . . . . „	40 ₰	Maschinenguß . . „	30 ₰
Sackzeug . . . . „	20 ₰	Blei . . . . . . „	1 ℳ
Wolle . . . . . . „	6 ℳ	Kupfer . . . . . „	4 ℳ
Neutuchabfälle . . „	1 ℳ	Rotguß . . . . . „	3 ℳ
Messing . . . . . „	1 ℳ	Zink . . . . . . „	1 ℳ

Nur 3 Tage:
1617 **Zeitungen,** gebündelt, **Kilo 1,00 Mk.**

Wilhelmine Theuring,

Domplatz 9. — Telephon 5659.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, frischer auch veralt. Ausfluß, Heilung in kurz. Frist ohne Höllenstein u. scharf. Einspritzungen **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber u. schmerzh. Einspritzungen. **Manneschwäche,** schnelle wirkl. Kur ohne Berufsstörung. Über jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer-Str. 123B. Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann. *59

Alle Mode-Zeitungen

empfiehlt die

Volks-Buchhandlung.

Altkleiderstelle,

Kl. Ulrichstraße 15, kauft **Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente,** auch neu.
Telephon 4414. 62

Aufbewahren **Frauen** Ausschneiden

die über Regelstörung klagen, nehmen nur noch, wenn alles andere ohne Erfolg blieb, meine anerkannt wirksamen Spezialmittel. Versäumen Sie keinen Versuch, auch Ihnen kann geholfen werden. Diskr. Vers. mit beilieg. Garantie vollk. unschädlich. *565
Carl Ahmling, Hamburg, Hühnerposten 12, I.

Waschbrett

mit gutem Zinkblech
8⁶⁵ 9⁸⁵ 11⁸⁵ 1655

Lobel,
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr.
1454 **Cöthen,**
Schalaunischestraße 8.

Große Auswahl in
Hosenträgern,
durchweg Gummi, preiswert im Leipziger Bazar, Leipziger Str. 17. 4

Weitere billige Tage!
Maschinengarn
per Rolle 4 Mk. 1592
Wünsch & Kaps,
Ludwig-Wucherer-Str. 1 a.

1505

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 41
Fernr. 6545.

Ein- und Verkauf
neuer und gebrauchter Möbel, Polsterwaren, Federbett., Wäsche usw.
Frau Rust,
Sternstr. 6. Sternstr. 6.
Telephon 3579. 5

Kopfnisse

werden garantiert in 24 Stunden entfernt ohne schädliche Einwirkung auf das Haar.
Prospekte diskret und *309 kostenlos.
Versandhaus „Excelsior",
Nürnberg,
Weberplatz 11.

Eine gute Uhr
mit Garantie,
eine schöne Kette,

Ring, Brosche, Armband usw.
Gelegenheitskäufe zu sehr vorteilhaft. Preisen
H. Schneider, Uhrmachermeister, 1634
Kl. Ulrichstr. 35.

Süßen 1650
Heidelbeerwein
vom Faß, à Ltr. 6,— Mk. mit Steuer, empfiehlt
A. O. André, Wörmlitzer Straße 12.
Telephon 1193.

Der Waschbär
flickt Ihre
zerbrochene Dauerwäsche!
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe, Eing. Sternstr. 1638

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchst. Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 61
Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Stadttheater.

Mittwoch, den 16. Juni, Anf. 7½, Ende vor 10 Uhr:
Die Bürger von Calais. 1644
Donnerstag: **Tartüff.**

Restaurant Goldene Spitze
Spitze 11/12.
Mittwoch:
Geflügel-Preis-Skaten.
Anfang 7 Uhr. 1640

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Apollo-Theater 8 Uhr.
Zum letzten Male:
Der fidele Gauner
mit **Paul Beckers** in der Hauptrolle. 1658
Mittwoch, den 16. Juni:
Gastspiel von
Fritz Thurm-Silvare.
Zum 1. Male: **Die Erbtante.**
Posse i. 3 Akt. v. H. Treller.
Hundehändler Lehmann: **Paul Beckers.**
Aurora Knusch: **Fritz Thurm-Silvare.**
Vorverk. v. 9-1 u. 5-7 Uhr.

---

3 Könige

1656
Kleine Klausstrasse 7, nahe des Marktes.
Riesigen Beifall erzielt jeden Abend
Jim Scheer, das Unikum der Bühnenwelt.
Erstklassiger Soloteil. Neue Posse.

Festsäle Goldener Hirsch.

Jeden Mittwoch von 6 Uhr an: *406
Oeffentlicher Tanz.

ZOO.

*769
Heute, Dienstag, 7½ Uhr abends:
Extra-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des Reichswehr-Landesjäger-Regiments Nr. 32.
Leitung: Obermusikmeister Willi Büchner.
Eintrittspreise: Erwachs. 1 Mk., Kinder 50 Pf.

Mittwoch, d. 16. Juni, von 3—6 Uhr nachm.:
Großes Kinderfest.
Konzert, Reigenspiele unter Aufsicht von Kindergärtnerinnen. Preisschießen, Tauziehen usw.
Pony- und Eselreiten und Fahren.
Kasperle-Theater.
Umzug der Kinder mit Musik. Kinderball.
Eintrittspreise: Erwachs. 1 Mk., Kinder 0,50 Mk.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum von Halle a. d. S. zur Kenntnis, daß ich
Große Wallstraße 2
ein Obst-, Gemüse- u. Lebensmittelgeschäft
eröffnet habe.
Um gütigen Zuspruch bitten
Artur Schinkel u. Frau.
Halle a. d. S., den 15. Juni 1920. 1637

Hohe Belohnung

gewähre ich dem, der mir über den Verbleib meines 9jährigen Knaben **Sally Kanner** Nachricht gibt. Derselbe ist Sonntag den 13. Juni, vormittags 9 Uhr, mit Büchern von der Geiststraße nach der Krukenbergstraße gegangen, dort nicht eingetroffen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Gütige Nachricht erbeten an
M. Kanner, Geiststr. 15.

Beschreibung: 9 Jahr, dunkelblond, trägt Stahlbrille, hellblaues Sporthemd, blaugestrickte Hose mit Hosenträger, schwarze Wadenstrümpfe, braune Ledersandalen, Schülermütze der Oberrealschule. 1651

---

*763

Wer Eile hat
bedenke früh,
Erdal Schuhputz
spart Zeit und Müh'.

Schuhputz Erdal
schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621920061 5-11/fragment/page=0004

Die Antwort der Moskauer Internationale.

II.

2. Die Hauptfehler der USP. und der „Zentrums-Parteien" überhaupt.

Die Ideologie der Führer der USP. ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Auf demselben Standpunkte stehen die Longuetisten in Frankreich, die ILP. in England, die ASP. in Amerika. Ihre Eigentümlichkeit ist das beständige Schwanken zwischen dem offenen Klassenverrat vom Typus Noske und der Linie des revolutionären Proletariats, d. h. dem Kommunismus. Diese Fehler fassen wir in folgenden Punkten zusammen: 1. Die Diktatur bedeutet den Sturz der Bourgeoisie durch eine Klasse, das Proletariat, und zwar durch seine revolutionäre Avantgarde. Es heißt in Wirklichkeit, den Gesichtspunkt der Diktatur des Proletariats zu verlassen und tatsächlich auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie übergehen, wenn man verlangt: daß die Avantgarde sich erst die Mehrheit des Volkes durch Wahlen in die bürgerlichen Parlamente, in bürgerliche Konstituanten usw. erwerben müsse, d. h. durch Abstimmen bei Vorhandensein von Lohnsklaverei, bei Vorhandensein von Ausbeutern, unter deren Joch, bei Vorhandensein von Privateigentum an Produktionsmitteln.

Es handeln die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten. Diese Parteien wiederholen die Phrasen der bürgerlichen Demokraten über die Mehrheit des „Volkes" (das von der Bourgeoisie betrogen und vom Kapital niedergehalten wird) und stehen objektiv noch auf der Seite der Bourgeoisie.

2. Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Widerstand der Ausbeuter mit Gewalt zu brechen, bedeutet die Bereitschaft, das Vermögen, die Entschlossenheit, dies zu tun. Die Bourgeoisie, sogar die republikanischste und demokratischste (z. B. in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika) greift systematisch zu Pogromen, zu Lynchjustiz, zu Morden, zu militärischen Gewaltaten, zum Terror gegen die Kommunisten und in Wirklichkeit gegen alle revolutionären Schritte des Proletariats. Unter diesen Bedingungen auf die Anwendung von Gewalt, auf den Terror zu verzichten, heißt, sich in einen weinerlichen Kleinbürger zu verwandeln, heißt reaktionäre, kleinbürgerliche Illusionen über den sozialen Frieden säen, heißt konkret gesprochen — Angst vor den Haudegen des Offiziers haben.

Denn der verbrecherischste und reaktionärste imperialistische Krieg von 1914—1918 hat in allen Ländern, in allen, sogar in den demokratischsten Republiken Hunderttausende der reaktionärsten Offiziere erzogen und in den Vordergrund der Politik gestellt, die den Terror vorbereiten und ihn zum besten der Bourgeoisie, zum besten des Kapitals gegen das Proletariat verwirklichen. — Die Reden einiger Führer der Unabhängigen auf dem Leipziger Kongreß über die Frage der „moralischen Unzulässigkeit" des Terrors seitens der Arbeiter in bezug auf die weißgardistischen Henker des Proletariats beweisen, daß diese Führer durch und durch mit kleinbürgerlichen Ansichten durchtränkt sind.

Das Verhalten zum Terror, das die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten in Parlamentsreden, Zeitungsartikeln, in der Agitation und Propaganda offenbaren, ist daher ein vollständiges Loslagen von dem Wesen der Diktatur des Proletariats, ein tatsächlicher Uebergang zur Position der kleinbürgerlichen Demokratie, ist die Demoralisierung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter.

3. Dasselbe besieht sich auf den Bürgerkrieg. Nach dem imperialistischen Kriege, angesichts der reaktionären Generale und Offiziere, die den Terror gegen das Proletariat anwenden, angesichts der Tatsache, daß schon neue imperialistische Kriege durch die gegenwärtige Politik aller bürgerlichen Staaten vorbereitet werden, und nicht nur bewußt vorbereitet werden, sondern mit objektiver Unvermeidlichkeit aus ihrer ganzen Politik folgen — unter diesen Bedingungen, bei dieser Situation den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter beklagen, ihn verurteilen, ihn fürchten — heißt in Wirklichkeit, zum Reaktionär werden. — Das heißt, sich vor den Sieg der Arbeiter, der Zehntausende Opfer kosten kann, fürchten, und ganz sicher ein neues imperialistisches Blutbad zulassen, das gestern Millionen Opfer kostete und morgen ebensviel Opfer kosten wird. Das heißt, den reaktionären und gewaltigen Gepflogenheiten und Absichten und der Vorbereitung der bürgerlichen Generale und der bürgerlichen Offiziere tatsächlichen Vorschub leisten.

Derartig reaktionär ist in der Tat die jüngste, kleinbürgerliche, sentimentale Position der rechten Führer der deutschen Unabhängigen wie auch der französischen Longuetisten in der Frage des Bürgerkrieges. Man schließt die Augen angesichts der Weißen Garde, ihrer Vorbereitung und Schaffung durch die Bourgeoisie und wendet sich heuchlerisch, parasitisch (oder feige) ab von der Bildung einer Roten Garde, einer Roten Armee der Proletarier, die fähig wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken.

4. Die Diktatur des Proletariats und die Rätemacht bedeuten die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, den bürgerlichen (wenn auch republikanisch-demokratischen) Staatsapparat, die Gerichte, die Bureaukratie die zivile wie die militärische, usw. zu zerbrechen, in Stücke zu schlagen. Die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten zeigen weder Erkenntnis dieser Wahrheit, noch alltägliche Agitation in dieser Richtung. Viel schlimmer: sie führen die ganze Agitation in entgegengesetztem Geiste.

5. Jede Revolution bedeutet, zum Unterschied von der Reform, eine Krisis, und zwar eine an und für sich überaus tiefe politische und ökonomische, unabhängig von der durch den Krieg hervorgerufenen Krisis. Die Aufgabe der revolutionären Partei des Proletariats ist es, den Arbeitern und Bauern klarzulegen, daß man den Mut haben muß, dieser Krisis tapfer zu begegnen und in den revolutionären Maßnahmen die Kraftquelle zu ihrer Ueberwindung zu finden. Nur durch Ueberwindung dieser größten Krisen durch revolutionären Enthusiasmus, durch revolutionäre Energie, durch revolutionäre Bereitschaft zu den schwersten Opfern kann das Proletariat die Ausbeuter besiegen und die Menschheit endgültig vom Kriege, vom Joch des Kapitals, von der Lohnsklaverei befreien.

Einen anderen Ausweg gibt es nicht; denn das reformistische Verhalten zum Sozialismus hat gestern das imperialistische Schlachten von Millionen Menschen und Krisen ohne Ende erzeugt und wird sie unausbleiblich morgen erzeugen. Diesen Grundgedanken, ohne den die Diktatur des Proletariats eine leere Phrase ist, verstehen die Unabhängigen und die Longuetisten nicht, offenbaren ihn in ihrer Propaganda und Agitation nicht und machen ihn den Massen nicht klar.

Im Gegenteil, sie schüchtern das Proletariat auf alle mögliche Art und Weise ein durch Hinweis auf die Schwierigkeiten, die die proletarische Revolution nach sich zieht. Objektiv ist jedoch die Wiedergeburt der Wirtschaft nur auf Grund der proletarischen Diktatur denkbar; denn auf kapitalistischer Basis ist möglich nur eine beständige und immer tiefer gehende Auflösung. Durch ihre kleinbürgerliche Feigheit ziehen die Führer der USP. den ohnehin qualvollen Prozeß nur in die Länge und vergrößern dadurch die Leiden des Proletariats.

6. Das Sowjetsystem ist die Zerstörung der bürgerlichen Lüge. Die Freiheit, die Presse zu bestechen, die Freiheit der Reichen und Kapitalisten, Zeitungen zu kaufen, Hunderte von Zeitungen aufzukaufen und dadurch die sogenannte „öffentliche Meinung" zu fälschen, — die man „Pressefreiheit" nennt.

Diese Wahrheit erkennen die deutschen Unabhängigen wie ihre ausländischen Kolleagen nicht; sie handeln nicht nach ihr, sie agitieren nicht täglich für die revolutionäre Vernichtung jener Unterjochung der Presse durch das Kapital, die die bürgerliche Demokratie fälschlicherweise Pressefreiheit nennt. Da sie eine solche Agitation unterlassen, erkennen die Unabhängigen nur durch Lippenbekenntnis die Sowjetmacht an; in Wirklichkeit sind sie von dem Vorurteil der bürgerlichen Demokratie vollständig beherrscht.

Die Expropriation der Druckereien und Papiervorräte — diese Hauptsache verstehen sie nicht zu erklären; denn sie begreifen sie selbst nicht. Dasselbe besieht sich auf die Versammlungsfreiheit — diese Freiheit ist eine Lüge, solange die Reichen die besten Gebäude besitzen oder öffentliche Gebäude kaufen — auf die Bewaffnung des Volkes, die Gewissensfreiheit — die Freiheit des Kapitals, ganze Kirchenorganisationen zwecks Betäubung der Massen mit religiösem Opium zu kaufen und zu bestechen — und auf alle übrigen bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

7. Die Diktatur des Proletariats bedeutet das Vermögen, die Bereitschaft und die Entschlossenheit, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten durch revolutionäre Maßnahmen, durch Expropriation der Ausbeuter auf ihre Seite, auf die Seite der revolutionären Avantgarde des Proletariats, zu ziehen. — Diese sind in der täglichen Agitation der deutschen Unabhängigen (z. B. in der Freiheit) nicht zu finden. Auch bei den Longuetisten sind sie nicht zu finden. — Im besonderen ist diese Agitation unter den ländlichen Proletariern notwendig, unter den Kleinbauern (Bauern, die keine Lohnarbeit ausbeuten, Bauern, die wenig oder gar kein Getreide verkaufen). Diesen Schichten der Bevölkerung muß täglich, einfach, populär, auf die konkreteste Weise klargemacht werden, daß das Proletariat nach der Eroberung der Staatsmacht unverzüglich auf Kosten der expropriierten Großgrundbesitzer ihre Lage verbessern, sie vom Joch der Großgrundbesitzer befreien, ihnen als einer Klasse große Güter geben, sie von Schulden befreien wird usw. Dasselbe muß der städtischen nichtproletarischen oder nicht ganz proletarischen werktätigen Masse erklärt werden. — Eine solche Agitation wird von den Unabhängigen nicht geführt.

8. Die Diktatur des Proletariats bedeutet und setzt die klare Erkenntnis der Wahrheit voraus, daß das Proletariat kraft seiner objektiven Lage in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der ganzen Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten aller Halbproletarier (d. h. der von teilweisem Verkauf ihrer Arbeitskraft Lebenden), aller Kleinbauern u. dergl. richtig vertritt.

Diese Schichten der Bevölkerung folgen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (darunter auch den sozialistischen Parteien der 2. Internationale) nicht kraft ihrer freien Willensäußerungen, wie die kleinbürgerliche Demokratie annimmt, sondern kraft des direkten Betruges durch die Bourgeoisie, kraft ihrer Unterjochung durch das Kapital, kraft des Selbstbeitrugs der kleinbürgerlichen Führer.

Diese Schichten der Bevölkerung (die Halbproletarier und Kleinbauern) wird und kann das Proletariat nur nach seinem Siege, nur nach der Eroberung der Staatsmacht auf seine Seite ziehen, d. h. nachdem es die Bourgeoisie gestürzt, dadurch alle diese Werktätigen vom Joch des Kapitals befreit und ihnen in der Praxis gezeigt hat, welchen Nutzen (Befreiung von den Ausbeutern) die proletarische Staatsmacht gewährt.

Diesen Gedanken, der die Grundlage und die wesentliche Idee der Diktatur des Proletariats ausmacht, verstehen die deutschen Unabhängigen und die Longuetisten nicht, tragen ihn nicht in die Massen, propagieren ihn nicht täglich.

9. Die Unabhängigen (der rechte Flügel) und die Longuetisten betreiben keine Agitation im Heere (Eintritt ins Heer zwecks Vorbereitung seines Uebergangs auf die Seite der Arbeiter gegen die Bourgeoisie). Sie schaffen keine Organisationen zu diesem Zwecke.

Sie antworten nicht auf die Gewaltaten der Bourgeoisie, auf deren endlose Liebertretungen der „Gesetzlichkeit" (wie während des imperialistischen Krieges so auch nach dessen Beendigung) durch systematische Propaganda illegaler Organisationen und Schaffung derselben.

Ohne Verbindung von legaler Arbeit mit illegaler, von legalen Organisationen mit illegalen kann von einer wirklich revolutionären Partei des Proletariats weder in Deutschland, noch in Schweden, noch in England, noch in Frankreich, noch in Amerika die Rede sein.

10. Die Grundfrage der sozialistischen Revolution, die Expropriation der Ausbeuter, stellen die rechten Führer unter die Benennung „Sozialisierung" und stellen die reformistisch und nicht revolutionäre. Das Wort „Sozialisierung" verdunkelt die Notwendigkeit der Konfiskation, die durch das unerträgliche Joch der imperialistischen Schulden und der Verarmung der Arbeiter hervorgerufen wird, verdunkelt den Widerstand der Ausbeuter und die Notwendigkeit revolutionärer Maßnahmen des Proletariats zu seiner Unterdrückung. Diese Fragestellung erzeugt notwendigerweise reformistische Illusionen, die der Diktatur des Proletariats durchaus nicht entsprechen.

11. Die Kommunistische Internationale hält es nicht nur für ungerecht, sondern auch prinzipiell für unzulässig, daß die USP. Deutschlands, die tatsächlich die Grundideen der deutschen Spartakisten übernimmt, wobei sie sich diese Ideen zu langsam, inkonsequent und unvollständig aneignet, in den Beschlüssen ihres Kongresses kein Wort über die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (mit dem Spartakusbund) sagt. Die Einheit des revolutionären Proletariats erfordert solche Verbindung. Man kann jedoch die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht in Wirklichkeit nicht anerkennen, ohne tatsächliche, ernste, gewissenhafte Schritte dazu zu unternehmen, daß die Avantgarde des Proletariats des gegebenen Landes, die durch langen und schweren Kampf wie gegen die Opportunisten, so auch gegen die Syndikalisten und die angeblich linken Halbanarchisten ihre Fähigkeit, die Arbeiterklasse zu einer solchen Diktatur zu führen,

Wie wurde der Sozialismus eine Wissenschaft?

Von Friedrich Engels.

Während der Umschwung in der Naturanschauung nur in dem Maße sich vollziehen konnte, als die Forschung den entsprechenden positiven Erkenntnisstoff lieferte, hatten sich schon viel frühere historische Tatsachen geltend gemacht, die für die Geschichtsauffassung eine entscheidende Wendung herbeiführten. 1831 hatte in Lyon der erste Arbeiteraufstand stattgefunden; 1833 bis 1842 erreichte die erste nationale Arbeiterbewegung, die der englischen Chartisten, ihren Höhepunkt. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie trat in den Vordergrund der Geschichte der fortgeschrittensten Länder Europas. Alle diese Dinge waren nicht mehr abzuweisen, ebensowenig wie der französische und englische Sozialismus, der ihr theoretischer, wenn auch höchst unvollkommener Ausdruck war. Aber die alte idealistische Geschichtsauffassung, die noch nicht verdrängt war, kannte keine auf materiellen Interessen beruhenden Klassenkämpfe, überhaupt keine materiellen Interessen; die Produktion wie alle ökonomischen Verhältnisse kamen in ihr so nebenbei, als untergeordnete Elemente der „Kulturgeschichte" vor.

Die neuen Tatsachen zwangen dazu, die ganze bisherige Geschichte einer neuen Untersuchung zu unterwerfen, und da zeigte sich, daß alle bisherige Geschichte, mit Ausnahme der Urzustände, die Geschichte von Klassenkämpfen war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft jedesmal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Wort: der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche; daß also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Ueberbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnitts in letzter Instanz zu erklären sind. Hegel hatte die Geschichtsauffassung von der Metaphysik befreit, er hatte sie dialektisch gemacht — aber seine Auffassung der Geschichte war wesentlich idealistisch. Jetzt war der Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung, vertrieben, eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben, und der Weg gefunden, um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären.

Hiernach erschien jetzt der Sozialismus nicht mehr als zufällige Entdeckung dieses oder jenes genialen Kopfes, sondern als das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandener Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie. Seine Aufgabe war nicht mehr, ein möglichst vollkommenes System der Gesellschaft zu verfertigen, sondern den geschichtlichen ökonomischen Verlauf zu untersuchen, dem diese Klassen und ihr Widerstreit mit Notwendigkeit entsprungen, und in der dadurch geschaffenen Lage die Mittel zur Lösung des Konflikts zu entdecken. Mit dieser materialistischen Auffassung war aber der bisherige Sozialismus ebenso unverträglich wie die Naturauffassung des französischen Materialismus mit der Dialektik und der neueren Naturwissenschaft. Der bisherige Sozialismus kritisierte zwar die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; er konnte sie nur einfach als schlecht verwerfen. Je heftiger er gegen die von ihr ungertrennliche Ausbeutung der Arbeiterklasse eiferte, desto weniger war er imstande, deutlich anzugeben, worin diese Ausbeutung bestehe und wie sie entstehe. Es handelte sich aber darum, die kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichen Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, also auch die Notwendigkeit ihres Unterganges, darzustellen, andererseits aber auch ihren inneren Charakter bloßzulegen, der noch immer verborgen war. Dies geschah durch die Enthüllung des Mehrwertes. Es wurde bewiesen, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft seines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr herausschlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen anhäuft. Der Hergang sowohl der kapitalistischen Produktion wie der Produktion von Kapital war erklärt.

Die beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittels des Mehrwertes, verdanken wir Marx. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft, durch die es sich nun zunächst darum handelt, ihn in allen ihren Einzelheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten.

Wie soll man den freien Tag verbringen?

Die Zahl der Ausflügler, die an schönen Sonntagen aus den Großstädten herausströmen, ist ungeheuer, und es ist wohl eine wichtige Frage, ob diese vielen, die nach den Mühen und Plagen der Woche Erholung und Erfrischung an diesem freien Tage suchen, ihre Mußestunden auch richtig anwenden und wirklich gestärkt zur neuen Arbeit heimkehren. Ein Arzt, der sich viel mit diesem Problem beschäftigt hat, nennt als den größten Irrtum, den sich die Ausflügler hinneben, daß sie zuviel unternehmen. Allzu große Ermüdung macht den gesundheitsfördernden Wert, den der Aufenthalt in freier Luft hat, wieder hinfällig. In dem Bestreben, den freien Tag möglichst ausgiebig auszubringen, mutet man sich überhaupt zuviel zu. Der eine läuft ein paar Kilometer zu weit spazieren, der andere spielt zuviel Fußball, der dritte gibt sich allzu eifrig der Gartenarbeit hin. Der Wert des freien Tages liegt aber vor allem darin, daß man dem Körper Ruhe gibt, einen vollkommenen Wechsel der Beschäftigung vornimmt und für neue Eindrücke sorgt. Vom hygienischen Standpunkt aus wäre also das Programm für den freien Tag folgendermaßen aufzustellen: Man geht am Abend zwei Stunden früher als sonst zu Bett und steht am anderen Morgen eine Stunde später als gewöhnlich auf; dadurch wird den Körper- und Nervenzellen Gelegenheit zur Kräftigung gewährt. Dann soll man bedenken, daß Sitzen im Freien den Nutzen der frischen Luft ebenso vermittelt wie Wandern, und der Geist ruht sich bei einem solchen idyllischen Hinbringen des freien Tages am besten aus. Ein solches Programm hält auch von allem Lärm, Staub, Drängen des sonntäglichen Ausflüglerstromes fern und tut auch dem Geldbeutel gut. Mit diesen Ausführungen soll natürlich dem „Drang ins Freie" und der Liebe zum Sport, die im Großstädter lebt, nicht Einhalt getan werden; es wird nur vor Auswüchsen gewarnt, wie sie im Riesenverkehr des allsonntäglichen Verkehrs nicht selten zu beobachten sind.

Wie sieht's in Rußland aus.

Ein Teil der englischen Arbeiterdelegation hat eine Wolgafahrt unternommen und eine Anzahl von Provinzstädten und Dörfern besucht. George Young berichtete darüber im Daily Herald, daß der ungeheure Verkehr auf der Wolga großen Eindruck gemacht habe. Seit die Sowjetregierung im Besitz der Oelquellen von Baku ist, kann die ungeheure Wasserkraft voll ausgenutzt werden. Die Städte, deren Arbeit still lag, so die großen Samoroff-Stahlwerke in Niehni und die Getreidemühlen in Samara haben wieder begonnen zu arbeiten. Samara hat jetzt einen Vorrat von 400 000 Pud Oel, und seine Mühlen werden in diesem Jahre mehr als 80 Mill. Pud Mehl mahlen. Smerdloff, einer der Kommissare für das Transportwesen, hofft, 1 500 000 Tonnen Fracht auf der Wolga in diesem Sommer bewegen zu können.

Von den Provinzstädten sagt Young, daß das Leben normal sei, ueberall herrsche vollkommene Ruhe und Ordnung, ohne daß die Polizei in Erscheinung trete. Im Vorf von Saratow sah er eine Parade von hübsch weißgekleideten Mädchen und gutgekleideten jungen Männern und glaubte sich für eine blühende Provinzstadt Englands versetzt. Das Wohnungsproblem in den besuchten Städten war überall sehr ernst. Die Bevölkerung in Samara hat sich in den letzten drei Jahren dank der Abwanderung aus den großen Städten verdoppelt. Die Sowjets nutzen jeden verfügbaren Raum zu Wohnzwecken aus. Die Typhusepidemie war fürchterlich infolge des Mangels an Medikamenten, nur durch die aufopfernde Tätigkeit der Aerzte, von denen eine große Anzahl der Epidemie zum Opfer fielen, konnte sie wirksam bekämpft werden.

Die Lebensbedingungen sind in den Provinzstädten leichter als in Moskau. Jeder Arbeiter erhält wöchentlich ein Pfund Brot am Tage und auch sonst ein beträchtliches Maß von Lebensmitteln zu verhältnismäßig niedrigen Preisen. In den Dörfern steht es natürlich noch besser. Die Bauern haben alles, was sie wünschen. Die Preise betragen ein Siebentel der Preise in Moskau. In der deutschen Kolonie von Marxstadt (früher Katerinstadt) erzählten sie der Delegation, daß sie nur Weißkrot hätten. Ein Dorf von 5000 Einwohnern beisß 7000 Stück Großvieh. Die Dörfer geben von ihrem Ueberschuß an Nahrungsmitteln an die Sowjetregierung im Austausch gegen fabrizierte Waren ab. Vor allem erhalten sie Tuch.

Die Ausübung des Gottesdienstes wird nicht behindert. Die Gemeinden bezahlen ihre Priester selbst, und in einem kleinen Ort meinten sie, daß der Priester bei ihrer Besoldung wohl nicht ganz so dick wurde als sonst".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0005

bewiesen hat, von allen bewußten Arbeitern unterstützt, ihre Autorität gefestigt, ihre errungene Tradition sorgfältig behütet und entwickelt werde. Der Spartakusbund in Deutschland, der von solchen Führern, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, begründet worden ist, ist gerade ein solcher, der die internationale Bedeutung einer Avantgarde erhalten hat und der Versuch, ihn zu umgehen, wie dies die Unabhängigen in Deutschland tun, ist unmöglich.

Das hängt zusammen mit der Tatsache, daß die Führer der USP. Deutschlands wissentlich nicht die Meinung der Arbeitermassen dieser Partei ausdrücken, da sie viel mehr rechts stehen als diese. Mit diesem Uebel, das dem Proletariat in der Epoche von 1889—1919 unerhörte Leiden verursacht hat, kann man sich nicht aussöhnen; denn dieses Uebel wird durch das Auseinandergehen von Wort und Tat verhüllt.

Auf solche Weise ist die ganze Propaganda, die ganze Agitation, die ganze Organisation der rechten Unabhängigen und der Longuetisten im großen und ganzen eine mehr kleinbürgerlich-demokratische als eine revolutionär-proletarische, sie ist pazifistisch und nicht sozialrevolutionär.

Infolgedessen erfolgt die „Anerkennung" der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht nur in Worten. (Schluß folgt.)

Halle und Saalkreis.

Halle, den 15. Juni 1920.

Alarmbereit!

Die Einwohnerwehr, die in den Märztagen so unsägliches Elend über die Hallische Bevölkerung gebracht hat, rüstet erneut zum Losschlagen, wie aus folgenden Schriftstücken eindeutig hervorgeht.

An die Mitglieder der früheren Einwohnerwehr, jetzigen Schutzwehr Halle wurde unter dem 7. Juni folgender Alarmbefehl weitergegeben:

Syndikus Scriba. Halle a. d. S., den 7. Juni 1920.
. . . . . str.

Erhöhte Bereitschaft ist angeordnet. Versammlungsort im Falle des Alarms Reilkaserne.

gez. Schulz.
Syndikus.

Diese Schreiben wurden durch die Schüler der höheren Lehranstalten an die einzelnen Mitglieder ausgetragen, die fast restlos im Besitz von Waffen sind.

Unter dem 2. Juni 1920 wurde folgendes Schreiben an die Gruppenführer der Schutzwehr Halle gesandt:

W. W. Halle a. d. S., den 2. Juni 1920.

An
die Herren Gruppenführer!

1. Infolge des in der letzten Versammlung geäußerten Wunsches der Mitglieder soll das Uebungsschießen wieder aufgenommen werden. In Ergänzung der bisher in dieser Angelegenheit ergangenen Namhaftmachung der zur Teilnahme bereiten Mitglieder werden die Gruppenführer gebeten, weitere Herren umgehend angeben zu wollen, bzw. nötigwerdende Streichungen mitzuteilen. Das erste Uebungsschießen findet — wenn nichts anderes bekanntgegeben wird — Sonntag, den 13. Juni, von 11—1 Uhr vormittags, auf dem Fuchs statt. Wir bitten dringend darum, den teilnehmenden Herren die unbedingte Notwendigkeit ihres Erscheinens nach Möglichkeit nahezulegen, da anderenfalls die Uebernahme der mit dem Schießen verbundenen Kosten in keiner Weise verantwortet werden kann.

2. Einem weiteren Wunsche der Mitglieder folgend, soll die Ausbildung mit dem Gewehr und am leichten M.-G. aufgenommen werden. Wir bitten um umgehende getrennte Meldung derjenigen Mitglieder, welche entweder mit dem Gewehr oder am leichten M.-G. ausgebildet zu werden wünschen.

Für sofortige Erledigung wären wir dankbar.

Der stellvertretende Obmann.

Dieses Uebungsschießen hat nun auch am Sonntag stattgefunden und zwar unter der Leitung von Offizieren der Reichswehr. Teilnehmer waren Kinder von 16—18 Jahren, sowie einige ältere Herren. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 2 Dutzend. Auch ein Geheimrat war anwesend. Ein Gespräch, das dort mitangehört wurde, bezog sich auf die Wichtigkeit der möglichst schnellen Ausbildung dieser Kinder.

Am 9. Juni 1920 wurde nachfolgendes Schreiben an die Mitglieder der Schutzwehr versandt:

Wachtdienst Wittekind. Halle a. S., den 9. Juni 1920.

An die Herren Mitglieder!

Am Montag, den 14. d. Mts., abends 3/49 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Reilstr. 59, neben der Wittekind-Apotheke eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung befaßt sich mit der derzeitigen Lage und evtl. nötig gewordenen Vorbereitungen in der Organisation, ferner mit Schießdienst und Ausbildung. Allseitiges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Wir erwarten bestimmt im Interesse unserer Sache, daß Sie Ihr Erscheinen unbedingt ermöglichen werden und bitten Sie, persönlich in jeder Beziehung für einen guten Besuch der Versammlung wirken zu wollen. In der Hoffnung, Sie am 14. d. Mts. in der Versammlung begrüßen zu können, zeichnen wir

Hochachtungsvoll
W. W.

Die Versammlung fand am Montag abend im oberen Saal des Gesellschaftshauses Reilsburg statt. Es waren etwa 50 Personen, und zwar Reichswehroffiziere, Kinder, Schüler und einige alte Herren anwesend. Es wurde reichlich Bier ausgeteilt. Zum Kellner wurde gesagt: „Sie müssen es jetzt austeilen, da nachher niemand mehr Zutritt hat." Am Stammtisch unterhielt man sich sehr lebhaft über einen bevorstehenden Generalstreik, und daß es endlich Zeit zum Losschlagen wäre.

Interessant dürfte weiter sein, wie systematisch die Bewaffnung der Einwohnerwehr vor sich gegangen ist. Die Mitglieder dieser Organisation, die in den Kapp-Lüttwitztagen auf Wache gewesen sind, zogen nach der Ablösung in geschlossenen Trupps nach ihren Wohnungen. Die mitgenommenen Gewehre ließen sie dort, fanden sich am nächsten Morgen wiederum in der Kaserne ein und empfingen neue Gewehre. So ist es möglich gewesen, daß einzelne Mitglieder der Einwohnerwehr, jetzt Schutzwehr Halle, vier bis sechs Karabiner oder Gewehre im Hause haben. Diese Waffen sind dazu bestimmt, den Gesinnungsgenossen, die noch nicht der Einwohnerwehr beigetreten, im Falle einer Aktion ausgehändigt zu werden.

Dieses genau geprüfte Tatsachenmaterial, das keine „Berichtigung" ableugnen kann, bedarf keines weiteren Kommentars. Es ist so ungeheuerlicher Art, daß die Arbeiterschaft daraus ersehen mag, wie sehr die Vorbereitungen der Konterrevolution bereits fortgeschritten sind. Zu derselben Zeit, da die Lügenpresse über Vorbereitungen der „Roten Armee" fabelt und 17 Arbeiterbataillone in der Nähe von Halle exerzieren gesehen hat, arbeitet die Reaktion tatsächlich an den Vorbereitungen zum bewaffneten Putsch. Die Arbeiterschaft, waffenlos wie sie ist, hat dem nichts entgegenzusetzen als die Verweigerung der Arbeitskraft, wodurch der militaristische Terror losbricht. Auch das klassenbewußte Proletariat muß alarmbereit sein und gewiß, wenn kein anderes Mittel mehr gegeben ist, wiederum wie im März die Waffe des Generalstreiks anzuwenden und das Wort wahrzumachen:

Alle Räder stehen still,
Wenn Dein starker Arm es will.

Stadtverordnetenversammlung.

Der Wahlausfall hat dem Stadtverordneten Heine anscheinend wieder Mut gemacht. Trotz der verschiedenen Mißtrauensvoten, die ihm auch von bürgerlicher Seite ausgesprochen wurden, und die ihn veranlaßt hatten, sich zu den letzten Sitzungen zu entschuldigen, saß er wieder mit einer Selbstverständlichkeit auf seinem Sessel, als ob alles in bester Ordnung wäre. Fast im Eiltempo wurde die erste Hälfte der Tagesordnung erledigt. Eine lebhafte Debatte entspann sich erst bei dem Antrag der Einwohnerwehr, die Stadt solle die vom Zentralausschuß für Einwohnerwehren gezahlte Prämie für Unfall- und Haftpflichtversicherung in Höhe von 4000 Mk. an die Einwohnerwehr zurückerstatten. In scharf umrissenen Worten kennzeichnete Genosse Hildebrandt den wahren Charakter der Einwohnerwehr an Hand der Tatsachen und des vom Garnisonkommando herausgegebenen, „nur für den Dienstgebrauch" bestimmten Bericht aus den Märztagen. Rebellen nannte er sie ganz richtig. Mordbande? Das gehe doch zu weit, meinte der stellvertretende Vorsitzende Keil und erteilte eine Rüge. In welch frivoler Weise sich die Deutschnationalen noch über die blutigen Märzkämpfe lustig machen, hat Herr Steinbrück bewiesen. Als Gen. Hildebrandt den lächerlichen und grundlosen Sturm der Reichs- und Einwohnerwehr auf den Volkspark anführte, rief Herr Steinbrück mit zynischer Stimme dazwischen: „Es waren doch überhaupt keine Gegner da!" Doch Genosse Bowitzky antwortete schlagfertig: „Deswegen schossen sie ja auch auf Frauen und Kinder!" In einer nicht endenwollenden Rede jammerte dann Herr Minner, daß das Volk bei der Wahl die Verdienste der Demokratischen Partei in den Märztagen schlecht belohnt habe. Wer eben an sein Gefühl appelliere — damit meinte er die deutschnationale Hetze —, dem laufe das undankbare Volk nach. Das wurde selbst seinem Parteifreund Keil zu bunt; er wollte eben nicht völlig entblößt dastehen und forderte Minner auf, doch zur Sache zu reden. Nachdem dieser noch seinem Aerger über die USP. Luft gemacht hatte, entpuppte er sich als Apostel für Verwischung der Klassengegensätze und schloß prophetisch in voller Ekstase: „Es wird das Volk von links und rechts noch zur Vernunft kommen!" Natürlich durfte auch der Heimatdienst-Müller diese gute Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen, ohne sich gehörig zu blamieren. Er faselte allerlei von Demokratisierung der Einwohnerwehr. Unter dem Gelächter des Hauses teilte er seine neueste Entdeckung mit. Die USP. habe nämlich unterbunden, daß die Rechtssozialisten den Klassenkampf beibehalten konnten. Genosse Bock charakterisierte das Verhalten des Heimatdienstmannes treffend folgendermaßen: „Es ist ganz selbstverständlich, daß Müller als Angestellter der Regierung diese zu verteidigen sucht, ob sie gut oder böse sei. Und Herr Müller hat mehr Grund, mit der Regierung, als die Regierung mit Herrn Müller zufrieden zu sein!" Man braucht ja nur den großen Geldaufwand des Heimatdienstes zur Wahlpropaganda mit dem Mißerfolg der Koalitionsparteien zu vergleichen. Herr Müller wurde mäuschenstill und schneuzte sich. Nach dieser Stellungnahme der Rechtssozialisten zur Frage der Einwohnerwehr ist es nicht zu verwundern, wenn der Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen wurde.

Die stundenlange Debatte hatte eine ziemliche Ermüdung des Hauses zur Folge und nur beim Antrag des Bundes Deutscher Architekten, für die geplante technische Abteilung des Wohnungsamtes einen Vorsteher aus den ihm angehörigen Kreisen der frei schaffenden Architekten zu wählen, kam es wieder zu regen Auseinandersetzungen. Es kam dabei durch die rechtsstehenden Parteien eine gewisse Animosität gegen den Gedanken zum Ausdruck, daß der künftige Leiter der technischen Abteilung einer Frau, nämlich Fräulein Dr. Lange, die unterdessen den Sitzungssaal verlassen hatte, unterstehen soll. eBi der Anfrage unserer Geverlassen hatte, unterstehen soll. Bei der Anfrage unserer Ge- Stadt seit langer Zeit getriebene Hetze gegen die Schüler jüdischen Glaubens zu tun gedenke, setzte erneut eine lebhafte Debatte ein. Die Deutschnationalen hörten mit verschränkten Armen alle ihre Sünden an und wurden nicht einmal aus der Ruhe gebracht, als Stadtv. Minner ihre gewissenlose Hetze eine Volksvergiftung nannte. Es ist bezeichnend, daß keiner dieser hetzerischen Maulhelden, die sonst bei Abel und Gummiknüppel-Kunze nicht wortkarg sind, sich dazu aufraffte, auf diese schweren Vorwürfe zu erwidern.

•

Sitzungsbericht.

Nach Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Günther bei der Wahl des Stadtrats Frenzel, dessen 12jährige Wahlzeit am 4. Dezember abläuft, im Namen der USP.-Fraktion folgende Erklärung ab: „Im Namen der USP.-Fraktion habe ich zu erklären, daß wir im Verhältnis zur Stärke unserer Fraktion auch besoldete Stadträte zu beanspruchen haben. Da wir uns aber der Wahl des Stadtrates Frenzel nicht entgegensetzen wollen, so werden wir uns der Stimmen enthalten. Wir behalten uns aber vor, in ähnlichen Fällen in Zukunft unser Recht nach dieser Seite hin geltend zu machen." Stadtrat Frenzel wurde darauf mit 35 Stimmen wiedergewählt. — Die Instandsetzung der Cholerabaracke Böllberger Weg, die dem Jugendamt zur Verfügung gestellt wurde, erfordert insgesamt 10 000 Mk. Unkosten. Der Vorlage wurde zugestimmt. Bei der Besprechung regte Stadtv. Splett an, daß die Jugendlichen aus den zuchthausartigen Räumen des jetzigen Jugendheims auf ein städtisches Gut verbracht werden sollten, damit sie mehr im Freien erzogen werden können. — Für Neuanschaffungen des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes wurden 4500 Mk. bewilligt. — Die Vergitterung der Kellerfenster des Alters- und Pflegeheims erfordern eine Summe von 10 000 Mk. Der Vorlage wurde zugestimmt. — Für die Umbauarbeiten in den Gebäuden des Alters- und Pflegeheims wurde im Juni 1914 die Summe von 94 000 Mk. bewilligt. Infolge der dauernd gestiegenen Arbeitslöhne und der enormen Steigerung der Baustoffe reichten diese Mittel bei weitem nicht aus. Nach einer neuen Vorlage sind noch insgesamt 272 600 Mk. nötig. Die Summe wurde bewilligt. — Die im Leihamtsgebäude noch verfügbaren Räume sollen zu Bureauzwecken eingerichtet werden. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 115 000 Mk. wurden aus dem Fonds zur Einrichtung von Kleinwohnungen bewilligt.

Abrechnung mit der Einwohnerwehr.

Darauf stand der Antrag der Einwohnerwehr betr. Selbstversicherung zur Debatte. Der Magistrat hat beschlossen, aus finanziellen Gründen dem Zentralausschuß der Einwohnerwehr die von ihm bezahlte Prämie für Unfall- und Haftpflichtversicherung in Höhe von 4000 Mk. zu erstatten. Begründet wurde dieser Beschluß damit, daß die hiesige Einwohnerwehr ihre Mitglieder gegen Unfall und Todesfall bei der Reichsversorgungsanstalt für Einwohnerwehren versichert und dafür 4000 Mk. Prämie bezahlt habe. Gelegentlich der Märzunruhen hat sie laut Verlustliste 4 Todesfälle und 14 Fälle von Verwundungen erlitten. Hierfür hat die Reichsversorgungsanstalt bereits in 7 Fällen Entschädigung geleistet. Die Gesamtentschädigung wird auf 30 000 bis 40 000 Mk. geschätzt. Es sei daher von außerordentlichem Vorteil für die Stadtgemeinde, wenn sie durch Zahlung der Prämie von 4000 Mk. die Ablösung der durch Selbstversicherung übernommenen Verpflichtung zur Entschädigung erreicht.

Stadtv. Hildebrandt: Wer hat denn die Versicherung abgeschlossen, nach der wir jetzt zahlen sollen, und von wem hat sie Anerkennung gefunden? Hier soll für etwas gezahlt werden, was gar nicht mehr besteht. Man kann gar nicht klar aus der Vorlage werden! — Stadtv. Balcke: Die Stadt ist verpflichtet, die Schäden zu bezahlen. Nun hat aber der Zentralausschuß der Einwohnerwehr eine Versicherung für sich abgeschlossen, und die Stadt soll lediglich die Versicherungsunkosten in Höhe von 4000 Mk. zurückerstatten. — Stadtv. Hildebrandt: Wenn die Stadt Entschädigung für die Einwohnerwehr zahlen soll, so ist sie auch gegenüber den anderen Betroffenen zu Entschädigungen verpflichtet. Wenn es sich um die Lieblinge der Stadt, um die feldgraue Mordbande handelt, so will man bewilligen, während mancher, der gar nicht an den Kämpfen beteiligt war, aber doch beschädigt wurde, nichts erhalten soll. Die Einwohnerwehr hat sich im März außerhalb der Verfassung gestellt und dafür sollen wir jetzt bezahlen? In einer „Nur für den Dienstgebrauch" bestimmten Schrift des Garnisonkommandos heißt es: „Die Einwohnerwehr und die Zeitfreiwilligen bildeten in den Märztagen die Hauptstütze der Reichswehr." Sie haben also gegen die Verfassung und gegen Gesetz gehandelt. Sie unterstanden Kapp-Lüttwitz und waren also Rebellen und Hochverräter. Und für diese Rebellen sollen wir jetzt Mittel bewilligen? An Hand des Berichts des Garnisonkommandos wies Gen. Hildebrandt nach, daß die Führer der Einwohnerwehr und auch die meisten Mitglieder gewußt haben, daß sie einer Rebellenregierung dienten. Er bat deshalb, den Betrag abzulehnen.

Bürgermeister Seydel: Die hiesige Einwohnerwehr stand auf dem Boden der Verfassung. (Andauerndes Gelächter.) Sie war gegen den Aufruf der Berliner Einwohnerwehr-Zentrale. (Erneutes Gelächter.) Wenn die heutige Vorlage abgelehnt wird, kann es möglich sein, daß der Stadt später noch größere Unkosten entstehen. — Stadtv. Bowitzky: Wenn Bürgermeister Seydel auf diesem Standpunkt steht, so ist das nicht verwunderlich, da er selbst der Einwohnerwehr angehört. Er hat also allen Grund seinen Freunden zu helfen. Damals in den Märztagen haben eine Reihe von Angehörigen der Einwohnerwehr in den Franckeschen Stiftungen ihre Waffen niedergelegt, als sie erfuhren, daß sie auf Seite der Rebellen kämpfen sollten. Andere aber haben auch heute noch ihre Waffen und lauern darauf, wieder auf die Arbeiter losgelassen zu werden. Die Einwohnerwehr, die schon längst aufgelöst sein müßte, besteht auch heute noch unter dem Namen Schutzwehr, Wittekind-Schutzwehr Süd, Nord usw., und war vor und nach der Wahl alarmbereit. Erst gestern haben sich junge Hosenmätze von 16 Jahren, die der Einwohnerwehr angehören, von einem Reichswehroffizier im Schießen ausbilden lassen. So werden die jungen Kinder von 16 Jahren aus den Schichten der Gebildeten und Besitzenden schon wieder auf den Bürgerkrieg eingedrillt. Aber die Arbeiterschaft Deutschlands ist schon einmal mit diesen Leuten fertig geworden. Deshalb kann ich Ihnen versichern, daß die Hallische Arbeiterschaft neuen Putschgelüsten gegenüber nicht nur mit dem Generalstreik kämpfen würde, sondern mit den Waffen, mit denen man ihr entgegentritt. Wenn Sie uns zum Kampfe zwingen, dann werden Sie uns bereit finden; wenn Sie Wind säen, werden Sie Sturm ernten! — Stadtv. Minner: Die Bürgerwehr habe zum Schutz gegen die Rote Armee in den Kapp-Tagen bestanden. (Hu! bei der USP.) Die Ursache zur Gründung der Einwohnerwehr seien die linken Parteien. — Frau Stadtv. Krüger: Die Opfer, die durch die wahnsinnige Schießerei der Truppen ihre Gesundheit und Arbeitskraft eingebüßt haben, sind bis heute noch ohne eine öffentliche Versorgung. Mehrere Frauen und Kinder sind darunter, die zum Teil noch im Krankenhause liegen. 15 Frauen wurden verwundet, einige getötet. Kein Mensch kümmert sich jetzt um sie, obwohl sie auch noch Kinder zu versorgen haben. In den Lazaretten liegen noch 28 Schwerkranke darnieder, denen zum Teil ihre Glieder amputiert wurden. Unsere Partei unterstützt ungefähr 100 Personen, die sonst namenlosem Elend preisgegeben wären. Zwei Drittel dieser Unglücklichen haben durch Zufallstreffer ihre Gesundheit eingebüßt. Was gedenkt der Magistrat für diese Armen zu tun? — In der weiteren Debatte stand ein Aufruf der Zentralleitung der USPD. vom 17. März im Mittelpunkt, in dem die Arbeiterschaft auch zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Regirung Ebert-Noske aufgefordert wurde. Auf die Behauptung des Stadtv. Keil, dieser Aufruf habe im Nachrichtenblatt vom 18. März gestanden, erklärte Genosse Bock, daß es sich nicht um das gemeinsame Nachrichtenblatt, sondern um ein solches des Aktionsausschusses handele, in dem dieser Aufruf am 18. März stand. — Stadtv. Müller versuchte, der USP. die Schuld zuzuschieben, daß man Einwohnerwehren gründen mußte, da die USP. beständig das Wirtschaftsleben gestört habe. (Gelächter links.) — Stadtv. Bowitzky: Herr Müller hat also ausdrücklich festgestellt, daß die Einwohnerwehr zur Bekämpfung der Arbeiterschaft eingerichtet wurde. Den Herrn Bürgermeister Seydel möchte ich fragen, ob er auch heute noch Mitglied der Bürgerwehr ist, da bekanntlich neben Hörsing auch Ebert bei Zuchthausstrafe die Bildung von außermilitärischen Organisationen verboten hat. In den Häusern der Angehörigen der Reichswehr befinden sich auch jetzt noch Waffen in Mengen. Wenn es darauf ankomme, werde sich die Arbeiterschaft diese Waffen schon holen. — Bürgermeister Seydel erklärte, seit dem 17. März nicht mehr mit der Einwohnerwehr in Beziehung zu stehen. Auf seinen Antrag habe man damals den Aufruf der Berliner Zentrale abgelehnt. — Stadtv. Keil: Nach dem Tumultschadengesetz muß die Stadt bezahlen, und zwar auch für die schuldlos Verwundeten. — Stadtv. Bock: Wenn Herr Müller nur etwas geschichtlichen Sinn hätte, so müßte er wissen, daß Noske den Reaktionären die Macht in die Hände gespielt und so erst den Kapp-Putsch möglich gemacht hat. Heine und Noske haben auch erklärt, daß keine Unabhängigen in die Einwohnerwehren aufgenommen werden dürfen. Ja, nach dem Kapp-Putsch hat man sogar noch die republikanisch gesinnten Soldaten aus der Reichswehr entfernt. — Der Antrag des Magistrats wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Für die Beiträge zum Ausbau des Fernsprechnetzes an die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wurden 156 000 Mk. Hinterlegungsgebühr bewilligt. — Das Ruhegeld für den Weichensteller Haring wurde auf 3099 Mk. festgesetzt. — Nach der Verordnung vom April 1920 über Heraufsetzung des Grundlohnes und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung wurde die Einkommensgrenze für die Krankenversicherungspflicht von 5000 auf 15 000 Mk. erhöht. — Den Steuererhebern und Vollziehungsbeamten wurde für Mehrleistung eine einmalige Entschädigung von 500 für die ständigen Beamten und 300 Mk. für die Aushelfer bewilligt. — Neubeschaffungen im Städtischen Gaswerk, die bestimmt sind, die Sicherheit des Betriebes sowie die Wirtschaftlichkeit seiner Anlage zu fördern, erfordern die Gesamtsumme von 550 000 Mk. Der Vorlage wurde zugestimmt. — Desgleichen wurde eine Vorlage für Erweiterungen des Wasserwerkes in Höhe von 500 000 Mk. bewilligt. — Mit Rücksicht auf die hervorragende Forschertätigkeit des Geheimen Medizinalrates Prof. Dr. Roux, der seit 25 Jahren in der hiesigen Universität wirkt, hat der Magistrat beschlossen, zum 70. Geburtstag des Gelehrten diesem 10 000 Mk. bereitzustellen. Die Zinsen sollen nach näherer Bestimmung des Prof. Roux zur Honorierung wissenschaftlicher Preisarbeiten zur Verfügung stehen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Für die Baukosten einer Zentralheizung im Grundstück Salzgrafenstraße 2 (für das Städtische Arbeitsamt) wurden 4900 Mk. bewilligt. — Ein Antrag des Ortsvereins für das Mittelschulwesen um Zahlung von Unterschiedsbeträgen in den Teuerungsbezügen wurde einstimmig abgelehnt. Stadtrat Wurm führte dabei aus: Die Lage der städtischen Beamten sei augenblicklich deshalb schlecht, da wir uns in einem schwierigen Uebergangsstadium befinden; es solle aber eine Aushilfe dadurch geschaffen werden, daß die am 1. Juni fällig werdenden Gehälter schon in den nächsten Tagen ausgezahlt werden.

Zum Antrag des Bundes deutscher Architekten, für die geplante technische Abteilung des Wohnungsamtes einen Vorsteher aus dem ihm angehörigen Kreisen der frei schaffenden Architekten zu wählen, beantragte Stadtv. Minner, man solle einen Magistratsbaurat, die ja jetzt bei der knappen Bautätigkeit wenig zu tun hätten, mit der Leitung betrauen. Im übrigen sprach er sich gegen eine Teilung des Wohnungsamtes aus. — Stadtv. Knauthe lehnte gleichfalls eine Teilung des Wohnungsamtes als unpraktisch ab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0006

befürwortete jedoch, bei der Besetzung des Postens Vertreter des Bundes deutscher Architekten hinzuzuziehen. Nach einer längeren Debatte wurde die Teilung des Wohnungsamtes abgelehnt und der Antrag des Stadtv. Minner, einen städtischen Baurat mit der Leitung der technischen Abteilung zu betrauen, an den Magistrat zurückverwiesen. — Ebenso wurden die Proteste der Elternbeiräte der Hutten- und Lutherschule gegen die Belegung von Schulen mit Flüchtlingen dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Judenhetze in den Schulen.

Schließlich lag noch folgende Anfrage der USPD. vor:

Ist dem Magistrat bekannt, daß in den höheren Schulen, Gymnasien, Oberrealschule, Reformgymnasium seit längerer Zeit eine Hetze gegen die Schüler jüdischen Glaubens getrieben wird? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diesem Skandal in Zukunft entgegenzuwirken?

Diese Anfrage begründete Gen. Hildebrandt an Hand von verschiedenen Fällen, die in der Luisenschule, und in der Glauchaerschule vorgekommen sind: Er fühle sich nicht etwa berufen, als ein Verteidiger der Judenschaft aufzutreten, aber wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die Kriegsschuldigen seit einem Jahre den Versuch machen, andere für das Unglück verantwortlich zu machen, das sie selbst heraufbeschworen haben, so müssen wir gegen ein solches Gebaren auftreten. Leider fällt der politisch unreife Teil der deutschen Bevölkerung auf diese Judenhetze herein. Es ist ein Zeichen des Rückstandes des Bürgertums, daß gerade an den höheren Schulen die Judenhetze möglich war. Man machte zwar auch an den Volksschulen den Versuch, diese schamlose Hetze zu betreiben, und es haben sich dazu leider auch einzelne Lehrer hergegeben; hätten die Lehrer an den höheren Schulen ihre Pflicht getan, so wäre diese Hetze gar nicht möglich gewesen. Stadtschulrat Brendel: Die Mitglieder des Magistrats bedauern diese Vorkommnisse. Der Magistrat habe auf Anfragen vom Direktor des Gymnasiums die Antwort erhalten, daß er einen Schüler wegen Judenhetze mit zwei Stunden Arrest bestraft habe. Die Lehrer hätten ihre Pflicht getan und wären dagegen eingeschritten. Die Hetze werde von den Eltern begünstigt und sei weiter nichts als ein Dummerjungenstreich. Die Schule habe es jetzt verboten, und wenn wieder etwas Derartiges vorkomme, würden die betreffenden Schüler von der Schule verwiesen. Stadtv. Minner: Die Judenhetze ist gleichbedeutend mit der Demokratenhetze geworden, und wenn die Schulen die Frucht dieser Hetze bringen, so darf man sich nicht wundern. Wir verwahren uns jedenfalls gegen eine solche schamlose Volksvergiftung. (Lebhafter Beifall.) Zur Rechten gewandt: Sie haben bei Ihrer Judenhetze alles Frühere überboten. Deshalb rufe ich Ihnen zu: **Judenhaß aus Eigennutz ist Schurkerei, Judenhaß aus Ueberzeugung ist Dummheit!** (Lebhafter Beifall.)

Studienrat Hoß: Die Schuld der Judenhetze liegt zum großen Teil im Elternhaus. Die Zettel, die die Kinder in den Schulen verteilt haben, rühren von den Damen vom Telegraphenamt her. (Hört, hört!) Die Schulen können weiter nichts tun, als bei neu vorkommenden Fällen mit energischen Strafen einzuschreiten. Stadtv. Pickardt: Während der Zeit des Kapp-Putsches sei im Sinne der Rebellenregierung in den höheren Schulen agitiert worden. — Stellv. Vorsitzender Keil: Zur Sache! (Allgem. lebhafter Widerspruch. Zurufe: Das ist Ihnen wohl nicht angenehm!) Stadtv. Pickardt: Wer hat denn die 16jährigen Kinder gegen den Willen ihrer Eltern veranlaßt, in die Zeitfreiwilligenverbände einzutreten? Die Nationalisten haben die Politik in die Schule hineingetragen, nicht wir, wie Sie uns immer vorgeworfen haben! Stadtv. Kürbs: **Die angegriffenen Parteien haben bisher noch nicht den Mut gehabt, sich zu verteidigen.** Die Schulleitung und Schulbehörden hätten sich auch dagegen wenden müssen, daß Schüler zur Verteilung von Flugblättern verwendet wurden.

Wegen vorgeschrittener Zeit wurde die weitere Besprechung der Anfrage, sowie auch eine Anfrage unserer Genossen wegen der Entlassung der 70 Straßenbahner auf die nächste Sitzung verschoben. Schluß der Sitzung ½9 Uhr. — Darauf nichtöffentliche Sitzung.

Die Kriegsopfer und das neue Versorgungsgesetz.

In einer öffentlichen, gutbesuchten Kriegsopferversammlung sprach am Sonntag vormittag im Wintergarten der Bundesvorsitzende des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen Karl Tiedt (Berlin) über das neue Versorgungsgesetz und den Internationalen Kongreß der Kriegsteilnehmer: Gerade das neue Versorgungsgesetz, von dem sich die Kriegsopfer soviel versprochen hatten, habe nicht die Vorteile gebracht, die man von demselben erwartet hatte. Besonders in der Frage der Heilbehandlung habe man für die Not der Kriegshinterbliebenen und Kriegswaisen kein Verständnis gehabt, da erst dann ein Rechtsanspruch auf Heilbehandlung besteht, wenn die Krankheit in ersichtlichem Zusammenhang mit den Kriegsfolgen steht. Dies geringe Entgegenkommen muß ungeheure Erbitterung erregen. Die kümmerlichen Rentensätze, die auch im neuen Versorgungsgesetz keine wesentliche Erhöhung erfahren haben, tragen nicht dazu bei, Not, Elend und Sorge von den Kriegsopfern fernzuhalten. Obwohl das Gesetz im Gegensatz zum alten Mannschaftsversorgungsgesetz kein Klassengesetz mehr sein soll, so hat es doch immer noch den Anschein, als ob Klasseneinteilung vorgenommen werden sollte. Dies zeigt sich ganz besonders im neuen RVG. durch die Einteilung in drei Berufsklassen. Bei den Beratungen im gesetzgebenden Ausschuß wurde durch das nicht geeinigte Vorgehen der Kriegsbeschädigten-Organisationen der Regierung das Rückgrat dadurch gestärkt, daß der Reichsbund, der Kyffhäuserbund, der Zentralverband und der Essener Bund im Gegensatz zum Internationalen Bund, zum Bund erblindeter Krieger und Einheitsverband sich auf den Standpunkt stellten, daß man im neuen Versorgungsgesetz nicht das Wort vom „gleichen Recht für alle" in Anwendung bringen könne. Infolgedessen mußten die, für Gleichberechtigung aller Kriegsopfer eintretenden Organisationen erst Verhandlungen mit den anderen Organisationen führen. Schließlich einigte man sich mit dem Reichsbund und dadurch wurde endlich die Einheitsfront, die volle Gleichberechtigung aller Kriegsopfer forderte, geschaffen. Gerade der § 25 des neuen RVG., gegen den der Reichsbund und die anderen rechtsstehenden Organisationen gestimmt haben, zeigt klar, daß in den Reihen dieser Organisationen nicht das richtige soziale Verständnis für die volle Durchführung der Gleichberechtigung vorherrscht. Im alten RVG. untersuchte man die berufliche Erwerbsbeeinträchtigung in zweiter Linie, während sie im neuen RVG. in erster Linie bei der Einschätzung der Rentengebührnisse in Betracht kommt. Der § 25 enthält die Bestimmung, daß erst die Erwerbsbeeinträchtigung und dann die anatomische Beschädigung zur Festsetzung der Rente geprüft wird. Diese Bestimmung dient also als Mittel zur Rentenquetsche. Die einzelnen Paragraphen unterzog der Referent scharfer Kritik und legte an Beispielen dar, daß gerade in der Frage der Wiederheirat der Kriegerwitwen, sowie bei der Gewährung der Kinderzulagen und bei der einmaligen Abfindung wenig soziales Verständnis für die große Notlage der Kriegsopfer aufgebracht worden sei. Alle Kriegsopfer müßten endlich klar erkennen, daß die Stellungnahme des Internationalen Bundes zum neuen Versorgungsgesetz ihnen die Gewähr gibt, daß dieser der berufene Führer zur Erlangung der wirtschaftlichen Sicherstellung aller Kriegsopfer ist. Wenn auch der Reichsbund mit aller Macht das Anwachsen unserer Bestrebungen zu verhindern sucht, so zeigt doch die Würzburger Tagung des Reichsbundes und der Uebertritt ganzer Ortsgruppen und Bezirke zum Internationalen Bund, daß allmählich alle Kriegsopfer erkennen, daß nicht eine kapitalistische sondern eine sozialistische Wirtschaftsordnung der Notlage der Kriegsopfer Abhilfe schaffen kann.

In vorzüglicher Weise verstand es der Referent, den Versammelten den Verlauf des Internationalen Kongresses der Ueberlebenden des Krieges, der vom 30. April bis 3. Mai in Genf tagte, vor Augen zu führen. Dieser Kongreß, der in rein wirtschaftlichen und politischen Fragen gute Arbeit geleistet hat, sei ein Markstein in der Geschichte der internationalen Kriegsopferbewegung. Es ist bedauerlich, daß im Gegensatz zu diesem internationalen Zusammenschluß der Kriegsopfer, der auf diesem Kongreß vollzogen wurde und auf dem es möglich war, trotz der vier Sprachen der verschiedenen Länder (England, Frankreich, Italien, Deutschland) eine Einheitsfront der Millionen Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer gegen den Chauvinismus und Kapitalismus zu schaffen, in Deutschland bisher noch keine Einheitsfront gegen den deutschen Chauvinismus geschaffen werden konnte. Die erste Aufgabe des Internationalen Kongresses sei die, die wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsopfer auf Kosten der Kapitalisten und der Kriegsgewinnler herbeizuführen. Als zweite Aufgabe wurde die Einleitung einer intensiven antimilitaristischen Propaganda zur Verhütung neuer Kriege festgelegt. Besonders auf Frauen und Kinder müsse eingewirkt werden; ihnen müsse der Haß gegen den Krieg in Fleisch und Blut übergehen. Gerade Englands Frauen haben während des Krieges in der Verweigerung der Leistung von Kriegsarbeit Großes geleistet, trotzdem sie deshalb zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Deutschland müsse sich daran ein Beispiel nehmen, und nie darf es wieder vorkommen, daß die deutschen Frauen Granaten drehen, und dadurch zur Verlängerung des Krieges beitragen. Deshalb setzten wir diesem internationalen Zusammenschluß das leidenschaftliche Bekenntnis voraus, welches in den Worten zum Ausdruck kommt: „Gegen den Völkerkrieg, für Völkerversöhnung und Weltfrieden." (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion forderte Genosse Beyer zur Mitarbeit an der Verwirklichung unserer Ziele auf. Der Vorsitzende des Reichsbundes, Kamerad Fiedler, unterstrich die Ausführungen des Referenten, versuchte aber den Standpunkt der parteipolitischen Neutralität des Reichsbundes zu rechtfertigen. Genosse Franke betonte, daß es nötig sei, in jedem einzelnen Kriegsopfer das klare Bekenntnis zum Sozialismus wachzurufen, da nur durch den Sozialismus die wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsopfer erreicht werden kann.

In seinem Schlußwort wies Genosse Tiedt darauf hin, daß die politische Neutralität des Reichsbundes recht sonderbar aussehe. So habe der Reichsbund offiziell für die Partei der Rechtssozialisten Stimmungsmache dadurch getrieben, daß sein Bundesvorsitzender Erich Roßmann als Kandidat für die Rechtssozialisten auf die Reichsliste als Vertreter der 700 000 Mitglieder des Reichsbundes aufgestellt war. Die Internationale der Ueberlebenden des Krieges würde niemals Organisationen in ihre Reihen aufnehmen, die politisch neutral sind, sondern sie braucht Kämpfer für die Erstrebung menschheitsbefreiender Ideale, für Völkerversöhnung und Völkerfrieden. Um das Banner des Internationalen Bundes müssen sich alle Kriegsopfer scharen, die gewillt sind, unter Einsetzung ihres eigenen Ichs gegen den Militarismus und Kapitalismus zu kämpfen.

---

* **Sozialistische Proletarierjugend.** Wie ein Alp lastete es bisher auf unserer Organisation, daß wir kein Jugendheim, keinen Aufenthaltsort hatten, an dem wir unsere Veranstaltungen abhalten konnten. Von einem Lokal zum andern mußten wir wandern, um dann schließlich in einem für uns ungeeignetem Raume Unterkunft zu finden. Diese Verhältnisse haben die Jugendlichen, die nicht wegen Spiel und Tanz zu uns kamen, zurückgestoßen. Das muß und wird jetzt anders werden. Um diese Verhältnisse abzuschaffen, haben wir beschlossen, in den Mozartsaal überzusiedeln. Leider können wir denselben nur einmal in der Woche benutzen, da er die übrigen Tage bereits besetzt ist. Wir glauben aber, daß wir bei einer guten Veranstaltung in der Woche mehr leisten können, als wenn zwei wöchentlich unter den ungünstigsten Umständen stattfinden. Unsere Veranstaltungen finden also künftig nur noch Donnerstags abends ¼8 Uhr (ganz pünktlich!) im Mozartsaal, Weidenplan, statt. Nur ernste und arbeitsfreudige Genossen und Genossinnen können wir zu diesen Veranstaltungen gebrauchen. Gegen alle diejenigen, die nur kommen, um Lärm zu schlagen, werden wir uns mit aller Entschiedenheit wenden. Jeder, der die Arbeit in unsern Reihen ernst auffaßt, jede, die uns in dieser Arbeit unterstützen will, ist uns herzlich in unserm neuen Heim willkommen.

* **Metallarbeiter.** Die Vertrauensleute der Eisengießereien und Metallgießereien haben am Mittwoch, den 16. Juni, abends 7½ Uhr, im Volkspark zu einer wichtigen Sitzung zu erscheinen. Die am Dreherkursus beteiligten Kollegen können das bestellte Buch im Bureau in Empfang nehmen. Am Dienstag, den 22. Juni, findet im Volkspark eine Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte statt. Dieselbe wird sich mit dem vom Vorstand und erweiterten Beirat beschlossenen Aufbau des Rätesystems innerhalb unserer Organisation beschäftigen. Der Beschluß steht der Räteorganisation entgegen und ist deshalb zu einer eingehenden Aussprache das Erscheinen Aller dringend geboten, ferner die vorherige Einsichtnahme in den Aufbauplan. Derselbe ist ab Donnerstag, den 17. d. M., im Bureau für Funktionäre erhältlich. Auch kann die Betriebsräteschrift Nr. 4 in Empfang genommen werden. Vorzeigung der Legitimation ist erforderlich. Die Ortsverwaltung.

* **Achtung! Maikommission.** Die Sitzung der Kommission findet am Donnerstag, den 17. Juni, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Da die Abrechnung an diesem Abend erfolgen muß, ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt erforderlich; alle Genossen, welche am 1. Mai irgendwelche Funktion hatten und noch nicht abgerechnet haben, werden gebeten, dies bis Donnerstag zu erledigen.

* **Geschichte der deutschen Sozialdemokratie bis 1914.** Heute abend spricht Eduard Bernstein über dies Thema in der Universität.

* **Der Hallische Künstlerrat** trat in diesen Tagen nach erfolgter Neubildung wieder zusammen. Als Vorstand für das folgende Geschäftsjahr wurden gewählt: Architekt Martin Knauthe (1. Vors.), Architekt Strudel (2. Vors.), Regierungsbaumeister Roediger (Kassierer), Schriftsteller Hermann Lange (1. Schriftführer), Architekt Glaw (2. Schriftführer). Museumsdirektor Dr. Burkhardt-Meyer wurde als beratendes Mitglied in den Künstlerrat aufgenommen. Mit dieser Sitzung dürfte der Künstlerrat aus dem Stadium verwaltungstechnischer Vorbereitung in das fruchtbarer Arbeit getreten sein. Vor allem soll nunmehr an die Schaffung einer neuen Kunstausstellung geschritten werden. Einen sehr geeigneten Raum hierzu bietet der Kuppelsaal in der Moritzburg. Eine aus den Herren Manz, Rödiger, Haß und P. Horn bestehende Kommission wird die näheren Verhältnisse prüfen und die Stadt um Ueberlassung des Saales bitten. Da der Raum eine Gesamtausstellung aller Hallischen Künstler nicht zu fassen vermöchte, werden die ausstellenden Gruppen in gewissen Zeitabständen einen Wechsel untereinander eintreten lassen, so daß eine ständige Ausstellung zustande kommt. Der nächsten Künstlerratssitzung liegt das von Schriftsteller Hermann Lange ausgearbeitete Gründungs- und Aktionsprogramm eines alsbald zu schaffenden Reichs-Künstlerrates zur Beratung vor.

* **Wohnungsnot und Hausverkauf.** Das Wohnungsamt teilt mit: Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hat auf eine Anfrage, ob sich die Verpflichtung zur Anmeldung freiwerdender Wohnungen auch auf die Hauseigentümer beziehe, die ihre Wohnung im eigenen Hause dem Käufer des Hauses, also dem neuen Hauseigentümer, einräumen wollen dahin entschieden, daß sich die Anzeigepflicht auch auf solche Fälle erstreckt. Er bezeichnet es als nicht angängig, daß die Hauseigentümer von den Vorschriften über die öffentliche Bewirtschaftung der Wohnungen ausgenommen werden. Hiernach hat kein neuer Hauseigentümer mehr das Recht, ohne weiteres eine etwa in seinem Grundstück freiwerdende Wohnung zu beziehen, vielmehr wird die Wohnung wie alle übrigen durch das Wohnungsamt neu besetzt. Ausnahmen können nur in besonderen Fällen nach vorheriger Prüfung und Genehmigung durch das Wohnungsamt zugelassen werden und beispielsweise nur dann, wenn der betr. Wohnungsanwärter als dringend wohnungsbedürftig anerkannt ist.

* **Beschlagnahme von Doppelwohnungen.** Das Wohlfahrtsministerium gibt bekannt: „Da sich in letzter Zeit die Fälle sogenannter Wohnungshamsterei (d. h. das gewerbsmäßige Mieten und Weitervermieten möblierter Wohnungen) wieder gemehrt haben, sei darauf hingewiesen, daß dagegen auf Grund der Mieterschutzbestimmungen vorgegangen werden kann. Die Gemeinden können ermächtigt werden, zu bestimmen, daß als unbenutzt auch solche eingerichteten Wohnungen gelten, die von dem Inhaber deshalb nicht dauernd benutzt werden, weil er innerhalb oder außerhalb des Gemeindebezirks noch eine andere Wohnung besitzt. Wird festgestellt, daß jemand mehrere Wohnungen gemietet hat, so braucht ihm nur diejenige Wohnung belassen zu werden, die er als seine Hauptwohnung bezeichnet. Die anderen Wohnungen können beschlagnahmt werden."

* **Die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung wird nach einer** Reichsverordnung vom 1. August 1920 an für alle Personen eingestellt, die seit 26 Wochen Unterstützung beziehen. Diese zeitliche Beschränkung bildet den ersten Schritt zum Umbau der Erwerbslosenfürsorge zur Erwerbslosen-Versicherung, mit deren Durchführung der neue Reichstag sich noch befassen wird.

* **Die rückständigen Guthaben der Kriegsgefangenen** (Kantinengeld, Arbeitslöhne usw.) müssen bis spätestens 15. Juni 1920 durch die zuständigen Versorgungsstellen (Bezirkskommando) bei den Abwicklungsintendanturen angemeldet werden. Ueber die Auszahlung erfolgt später weitere Veröffentlichung.

* **Der einmalige Beitrag für die Fernsprechanschlüsse** (1000 Mk. für Hauptanschlüsse, 200 Mk. für Nebenanschlüsse) wird, wie die Oberpostdirektion mitteilt, erst am 1. Oktober fällig. Die Teilnehmer werden seinerzeit zur Zahlung besonders aufgefordert werden. Die Beträge können durch Ueberweisung mittels Postschecks oder durch Einzahlung bei den Postkassen entrichtet werden. — Die neuen Ausführungsbestimmungen über die Telegraphen- und Fernsprechgebühren werden erst in der vorletzten Woche des Juni nach Zustimmung des Reichsrats veröffentlicht werden können. Den Inhabern von Fernsprechnebenanschlüssen, von Anschlüssen außerhalb des 5-Kilometer-Kreises und von Nebentelegraphen und besonderen Telegraphen, deren Gebühren zum 1. Juli durch die neuen Ausführungsbestimmungen erhöht werden, wird ein außergewöhnliches Kündigungsrecht bis 25 Juni zum 30. Juni eingeräumt.

* **Die Einspruchsfrist für Abstimmungsberechtigte in Ostpreußen** wird bis zum 20. Juni verlängert. Jeder Stimmberechtigte, der den Wahlausweis bis zum 15. Juli noch nicht erhalten hat, kann sofort bei der Abstimmungskommission seines Geburtsortes Einspruch erheben.

* **12 Prozent Dividende** beschloß der Aufsichtsrat der Riebeckschen Montanwerke der zum 31. Juli d. J. einzuberufenden Generalversammlung zur Verteilung auf die Stammaktien vorzuschlagen (gegen neun Prozent im Vorjahre). — Während das Volk darbt, während die Löhne der Arbeiter den ungeheuer gestiegenen Preisen der Lebensmittel, Kleider, Schuhe, Möbel usw. nicht entfernt zu folgen vermögen, häufen die Kapitalsbesitzer Gewinne von beträchtlicher Höhe auf, steigern sie ihre Vermögen in der Zeit des tiefsten Elends der arbeitenden Massen. Dabei muß man bei jeder Dividendenverteilung berücksichtigen, daß zumeist gute Abschreibungen und Rücklagen vorweggenommen sind, vor allem aber, daß die meisten dieser Gewinne trotz Materialmangel, geminderter Erzeugung und anderen erschwerenden Momenten erzielt worden sind.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Acker Faule Wietschke, Pächterversammlung Donnerstag, den 17. Juni, abends 8 Uhr, in der Aktien-Brauerei.

* **Kampf mit einem Schwerverbrecher.** Zu der gestern von uns unter dieser Spitzmarke veröffentlichten Notiz gibt das Polizeiamt folgende Personalbeschreibung des „schwarzen Johann". Alter: 22 Jahre, Größe: etwa 170 cm, Gestalt: schlank, kräftig, Haare: schwarz, Bart: ohne, Gesicht: schmal, aber auffallend braun gebrannt. Bekleidung: dunkelbraune neue Sportschuhe, klein-karrierter oder gestreifter, graubrauner Anzug mit Rückengurt, Schillerkragen, blaugrauer Filzhut, rechtes Hosenbein mit Blut besudelt, anscheinend von einer Schußverletzung herrührend. Wer irgend welche Angaben über den gefährlichen Verbrecher, dem unter anderen Straftaten auch ein Raubmord zur Last fällt, machen kann, wird gebeten, diese der Kriminalpolizei umgehend mitzuteilen.

* **Verschobener Zucker.** In letzter Nacht wurde in der Königstraße ein Ehepaar gestellt und bei näherer Untersuchung ihrer Pakete etwa 1 Zentner Zucker bei ihnen vorgefunden. Weitere 1½ Zentner Zucker wurden dann auch noch in ihrer Wohnung gefunden. Das Diebesgut wurde sichergestellt.

* **Vermißt.** Auf noch unaufgeklärte Weise ist der neunjährige Sohn des Kaufmanns M. Kanner, Geiststr. 15, Sally Kanner, am 13. d. M., vormittags 9 Uhr, auf dem Wege nach der Kruckenbergstraße, verschwunden. Er ist dort nicht eingetroffen und es fehlt bis jetzt jede Spur von ihm. Beschreibung: 9 Jahre alt, dunkelblond, trägt Stahlbrille, hellblaues Sporthemd, dunkelblau gestrickte Hose mit Hosenträgern, schwarze Wadenstrümpfe, braune Ledersandalen und Schülermütze der Oberrealschule.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr wird Der Bettelstudent wiederholt. Mittwoch gelangt das Bühnenspiel Die Bürger von Calais von Georg Kaiser im Rahmen des Zyklus Das Drama der Jugend in Deutschland zur ersten Wiederholung. Donnerstag geht Molières Lustspiel Tartüff in Szene. Freitag Hans Heiling, Sonnabend Der Zigeunerbaron, Sonntag nachmittag Volksvorstellung: Vor Sonnenaufgang, Sonntag abend: Die Afrikanerin.

* **Zoologischer Garten.** Das Kinderfest am Mittwoch, den 16. Juni, beginnt nicht um 4 Uhr, sondern um 3 Uhr nachmittags. Es werden unter Aufsicht von Kindergärtnerinnen Belustigungen verschiedener Art geboten, wie Reigenspiele, Preisschießen, Tauziehen, Pony- und Eselreiten und Fahren, Topfschlagen, Wettlaufen u. a. m., Kasperle-Theater, große Kinder-Polonaise mit Musik und Kinderball.

Aus der Provinz.

Aufruf an die klassenbewußte Arbeiterschaft!

Die Stadt Mansfeld und deren Umgebung sind bei der letzten Hochwasserkatastrophe schwer heimgesucht worden. Einer großen Anzahl Arbeiterfamilien ist der gesamte Hausrat verlorengegangen. Die Ueberschwemmung hat einen Teil der Betroffenen obdachlos gemacht. Die den Arbeiterfamilien entstandenen Verluste gehen in die Millionen. Bei den heutigen Preisen ist es den Unglücklichen unmöglich, aus eigenen Mitteln Ersatz zu schaffen für die Verluste, die sie namentlich dadurch erlitten haben, daß ihnen auch die Bekleidungsstücke und Wäsche fortgeschwemmt sind.

Wir appellieren an die Opferfreudigkeit des klassenbewußten Proletariats und hoffen, daß ein jeder, dem dies möglich ist, einen kleinen Beitrag zur Linderung der Not unserer Mansfelder Arbeitsbrüder stiftet. Auch die kleinste Gabe ist uns herzlich willkommen. Sammlungen nimmt entgegen:

Parteisekretariat der USP., Eisleben, Klosterstraße 14.

Die Kreisleitung der USP. Eisleben.
J. A.: Joseph Schneider.

*

Wir unterstützen den Aufruf der Kreisleitung Eisleben und bitten unsere Parteigenossen im Bezirk und im Reiche, den hilfsbedürftigen Arbeiterfamilien im schwerbetroffenen Mansfelder Lande die Unterstützung nicht zu versagen. Wir bitten, in allen Städten Sammelstellen für Geld, sowie Gaben an Bekleidungs- und Haushaltungsgegenständen einzurichten und alles auf dem schnellsten Wege an unsere Genossen in Eisleben abzuführen. Schnelle Hilfe ist dringend nötig.

Die Bezirksleitung USP. des Agitationsbezirks Halle.
J. A.: Alfred Oelßner.

„Der Aufmarsch der Roten Armee."

Es ist unmöglich, all den Unsinn zu registrieren, der in den agrarischen und schwerindustriellen Preßerzeugnissen ganz Deutschlands über den Hallischen Bezirk verbreitet wird. Täglich werden neue Kampfpläne der Roten Armee, geheime Putschabsichten der Kommunisten und ähnliches „enthüllt", worüber selbst der etwas skeptische Spießer allmählich lächelt, da die „Enthüllungen" zu sehr den Stempel der Lüge und Erfindung einer bornierten Phantasie verraten. Die Hallesche Zeitung, die auf dem angeführten Gebiete bisher Außerordentliches geleistet hat und die Zensur 1 verdiente, ist mittlerweile derart dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen, daß nur noch ganz beschränkte Geister sie ernst nehmen. Um

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0007

unseren Lesern wenigstens noch eine Probe von dem erbärmlichen Lügengewebe bekanntzugeben, mit dem man den braven Spießern im Reich den bevorstehenden Ausbruch des „Bolschewismus“ beizubringen versucht, drucken wir wörtlich einen Artikel ab, der sich in Nr. 523 der **Kölnischen Zeitung** vom Sonntag, den 13. Juni, findet. Dort steht zu lesen:

Unglaublich, aber wahr!

Berlin, 12. Juni. (Telegr.) Ein Naumburger, (!) der dieser Tage nach Berlin kam, berichtete, **daß er in der Nähe von Halle ungefähr 17 Kompagnien Arbeitertruppen beobachtet habe, die dort exerzierten und Schießübungen abhielten.** Als er sich mit seinen Beobachtungen an den General v. Pfeil wandte, der die dortige Reichswehrbrigade führt, wurde ihm erklärt, die Reichswehr habe strikteste Anweisung, **gegen die Uebungen erst dann vorzugehen, wenn sie Anweisung von der Zivilbehörde erhalte; im** übrigen dürften sie nur vorgehen, wenn sie mit Waffengewalt angegriffen würden. Dieser Sachverhalt wurde heute dem Reichswehrministerium mitgeteilt, das darauf nur die einzige Antwort zu geben wußte, daß die Erklärungen des Generals v. Pfeil durchaus den Anweisungen entsprächen, die ihm vom Reichswehrministerium gegeben worden seien! Das heißt mit anderen Worten, die Rote Armee übt sich unter den Augen der Reichswehr und einer hochwohllöblichen Zivilbehörde auf die Putsche ein, die demnächst gegen die Reichswehr und die Reichsbehörde unternommen werden sollen. Wie nahe diese Putsche gerückt sind, geht daraus hervor, daß man in Halle zum Losschlagen **bereit ist,** während die Berliner Zentrale der Rotputschisten noch einige Tage warten will, bis die bolschewikische Offensive gegen Polen soweit gediehen ist, daß Deutschland sich genötigt sieht, zum Schutz seiner Grenzen militärische Kräfte dahin abzugeben und so sich im Innern zu schwächen. **Vorläufig allerdings will man in Halle auf diese Zaudertaktik der Berliner nicht hören,** und es wird sich nun zu erweisen haben, ob Halle oder Berlin siegreich bleibt. Auch in Leipzig hat sich die rote Gefahr durch die Arbeiterentlassungen infolge der Industriekrise leider verschärft, und dasselbe ist in ganz Thüringen der Fall. **Von einigen Stellen wird der Ausbruch des Putsches noch heute erwartet, andere verlegen ihn auf den Anfang der nächsten Woche.**

Wenn man boshaft sein wollte, könnte man jetzt diese dummdreiste Spitzelarbeit glossieren, sie spricht aber für sich selbst. Es kam uns nur darauf an, wieder einmal festzustellen, auf welch armseliges Niveau die bürgerliche Presse seit dem Kriege und ganz besonders nach dem 9. November gesunken ist, nur um zur Niederhaltung der aufstrebenden Arbeiterklasse beitragen zu können. Die Kölnische Zeitung konnte vor dem Kriege wenigstens den Anspruch auf Sachlichkeit und sorgfältige Berichterstattung erheben, nachdem sie Organ der schwerindustriellen Deutschen „Volks“partei geworden ist, entbehrt sie jeden journalistischen Anstandes und gibt sich als Metze jedem gegen die Arbeiterschaft gerichteten Blödsinn preis. **Dabei wird dieses Lügenorgan im Ausland sehr gelesen, was zur richtigen Beurteilung der wahren Verhältnisse in Deutschland** keineswegs beiträgt. Die Arbeiterklasse mag daraus lernen, welch furchtbare Waffe gegen die Befreiung des Proletariats sie in der „siebenten Großmacht“, der kapitalistischen Presse, zu erblicken hat, daß andererseits die Demokratie ohne Sozialismus ein Schemen bleibt. Zur Beruhigung ganz ängstlicher Gemüter, die wir aber nicht unter unseren Genossen und Genossinnen suchen, fügen wir noch hinzu, daß der in dem Artikel als Führer der Reichswehrbrigade in Halle genannte General **von Pfeil**, der die Gerüchte bestätigt haben sollte, erklärt hat, **daß es sich um eine Mystifikation handelt und niemand in dieser Angelegenheit an ihn herangetreten ist.** Sogar dem sonst alles wissenden **Garnisonkommando Halle** ist von den gemeldeten Vorgängen **nichts** bekannt.

Kollenbey. Eine schwere Bluttat **wurde hier in der Sonntagnacht von einem Polen verübt, der seit einigen Wochen von der Polizei gesucht wurde, da er in dem dringenden Verdacht steht, an der Ermordung des Schmiedemeisters Schneidewind in Blösien beteiligt gewesen zu sein.** Zur Festnahme, die vorgestern nacht vor sich gehen sollte, waren zwei Kriminalbeamte aus Halle herbeigeholt worden. Diese stießen aber auf heftigen Widerstand, da der Festzunehmende sofort eine ganze Anzahl Revolverschüsse abfeuerte. Obwohl die Beamten ebenfalls von der Schußwaffe Gebrauch machten, gelang es dem Polen doch, in der Dunkelheit zu entfliehen. Bei der Schießerei wurde der eine Kriminalbeamte schwer, der andere und drei Polenmädchen leichter verletzt. Die Verfolgung des Polen, der wahrscheinlich nicht verletzt worden ist, mußte infolge der Schußverletzungen der Beamten unterbleiben. Von diesen mußte der Schwerverletzte (Arm- und Brustschuß) sofort der Klinik in Halle zugeführt werden. Auf die Festnahme des Entflohenen war eine Belohnung von 1500 Mk. ausgesetzt.

Neumark. Ein Brand der Kohlenlager brach am Sonntagvormittag in drei verschiedenen Tagebauten des hiesigen Braunkohlengebietes aus. Mächtige, weithin sichtbare Rauchwolken entwickelten und verbreiteten sich über das Geiselindustriegebiet. Eine fieberhafte Tätigkeit der Belegschaften setzte sofort ein, um den Brennherd einzuschränken. Auch die Feuerwehren der Ortschaften griffen ein. Die Gefahr galt am Sonntagabend als nahezu beseitigt, wenn es auch noch einige Zeit dauern wird, ehe der Brand gelöscht sein wird. Der Ausbruch des Feuers ist auf Selbstentzündung zurückzuführen. Die Brikettfabrikation in den betreffenden Werken ist nicht gestört. Montag vormittag rückte ein Löschzug der Hallischen Berufsfeuerwehr in das Brandgebiet, um bei der Löscharbeiten sachgemäße Hilfe zu leisten.

Falkenberg. Eine Filmexplosion ereignete sich am Sonntagvormittag hier im Lichtspieltheater bei der Vorführung: Der „Herrin der Welt“. Der Operateur erlitt Brandwunden am Kopfe. Durch die Stichflamme wurden im ganzen neun Filmpacks vernichtet, wodurch für den Besitzer des Lichtspieltheaters ein empfindlicher Geldschaden entsteht. Auch an den Apparaten wurde erheblicher Schaden angerichtet. Die Leerung des vollen Zuschauerraumes geschah in mustergültiger Ordnung.

Großthiemig. Eine verheerende Feuersbrunst suchte am Sonntag mittag unsern Ort heim. Gegen 3/4 12 Uhr entstand plötzlich in dem im Mitteldorfe gelegenen Häßlichschen Gehöft Feuer, das durch den herrschenden starken Sturm überraschend schnell zu großer Glut angefacht wurde, sprunghaft weiter um sich griff und binnen kurzem ein riesiges Flammenmeer bildete. Die züngelnden Flammen sprangen von Gebäude zu Gebäude, von Gehöft zu Gehöft, bis an das Ende des Oberdorfes, wo es den vereinten Bemühungen der rastlos tätigen Feuerwehren endlich gelang, ein Weitergreifen des Feuers zu verhüten. **Nicht weniger als 32 Gehöfte sind von dem Großfeuer in Mitleidenschaft gezogen worden.** Bei zwei Gehöften wurden Wohnhaus, Stall und Scheune eingeäschert, bei acht Wohnhaus und Stall und bei den übrigen nur die Scheunen. Der umfangreiche Brandherd bietet ein Bild trostloser Verwüstung. Menschenleben sind der Feuersbrunst indes nicht zum Opfer gefallen, doch sind einige Tiere in den Flammen umgekommen. Zur Hilfeleistung waren die Wehren aus Großthiemig, Hirschfeld, Ortrand, Frauwalde, Gröden, Plessa, Blockwitz, Strauch und Elsterwerda erschienen; doch bot der starke Sturm den Löscharbeiten schwer zu überwindende Schwierigkeiten. Erst spät gelang es, die Macht des Feuers zu brechen. Als Ursache wird Brandstiftung vermutet.

Elsterwerda. Wenig Solidaritätsgefühl mit den vom Großfeuer heimgesuchten Landwirten in Großthiemig bewiesen die Pferdebesitzer hier am Ort, von denen am Sonntag keine Pferde zu erlangen waren. Nachdem von Großthiemig Hilfeleistung erbeten worden war, versammelte sich sehr schnell eine stattliche Anzahl unserer Wehrmänner am Spritzenhause, und in kurzer Zeit waren die Geräte zum Abfahren bereit. Doch verging eine geraume Zeit, ehe man Pferde zur Bespannung erhielt. Als bei fast sämtlichen Pferdebesitzern vergeblich um Bespannung nachgesucht worden war, stellte die Domäne Krauschütz Pferde zur Verfügung, so daß man endlich nach dem Unglücksort abrücken konnte. Die lange Wartezeit rief unter den zur Hilfeleistung herbeigeeilten Wehrmännern allgemeine Mißstimmung hervor. Es soll jetzt darauf gedrungen werden, daß die Bespannungsfrage geregelt wird, damit in Zukunft sofort Pferde zur Verfügung stehen.

Quedlinburg. Der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen, über deren Totengedächtnisfeier wir vor wenigen Tagen berichteten, hat am Freitag begonnen. 600 Lagerinsassen wurden mit Sonderzug nach Stettin in Marsch gesetzt, von wo sie zu Schiff nach Rußland weiterbefördert werden. Die Russen waren in der vergnügtesten Stimmung und hatten sich selbst und den Zug mit Grün, roten Bändern und roten Fahnen geschmückt. Das Lager hat jetzt noch einen Bestand von 5000 Russen, von denen etwa die Hälfte außerhalb des Lagers arbeitet.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag: Millimeter 7.50 Mark.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, den 16. Juni, abds. 7 Uhr, i. Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.
Jed. Dienstag 1/2 9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Heute, abends 7 Uhr: Führersitzung bei E. Keil, Gr. Klausstr. 7, III. Vollzähliges Erscheinen ist dringend erwünscht.
Jugendgruppe: Dienstag, abds. 7 Uhr, a. d. Peißnitz: Volkstänze.
Mittwoch, abds. 7 Uhr, im Stadtheim, Kl. Berlin 1: Versammlung.
Ortsgruppe: Mittwoch, abends 7 Uhr, a. d. Peißnitz: Volkstänze und Spiele.
Donnerstag, abds. 7 Uhr: Treffen zur Abwanderung auf dem Wettiner Platze.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Sonntag, den 20. Juni, im Gasthof Dölauer Heide (bei Dierschke) in Dölau: Vergnügen. Abfahrt per Bahn: 2 Uhr, per Rad: 1 1/2 Uhr vom Hettstedter Bahnhof. Es ladet frdl. ein Der Vorstand.
Freitag, den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, i. Volkspark: **Versammlung.** Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit.“
Sonntag, den 20. Juni, 1/2 1 Uhr: Ausfahrt nach Nietleben.
Freitag, den 18. Juni, im Restaur. Hackeborn: Vorstands-Sitzung.

Arb.-Radf.-Verein Halle-Nord.
Vereinslokal: Zur Sonne, Richard Wagnerstr. Versammlung Mittwoch vor dem 1. u. 15. im Monat.
Sonntag, den 20. Juni: Vergnügen i. Letzt. Dreier.

Mandolinen-Gesellschaft Harmonie, Halle a. S.
Vereinslokal: Restaur. Selka, Dorotheenstr. 22. Verein zur Pflege und Förderung nur gut. Mandolinen- u. Lautenmusik auf breitester Grundlage f. Damen u. Herren. Jeden **Freitag: Uebungsstunde.**

Turnverein Fichte.
Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U. Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.
Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7-9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.
Sonnabend, d. 19. Juni, 1/2 8 Uhr, im Volkspark: Vorturner-Sitzung.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jed. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette“, Alter Markt, und „Lüderitzberg“, Reilstraße.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungsstunden: Dienstag und Freitag ab 6 Uhr im Johannesbad für Damen und Herren.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: **Gold. Kette.** Sonnab. **Uebungsstunde.** Jeden Sonnabend nach dem 1.: **Versammlung.**

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-G.
Vereinsl.: Lüderitz Berg, Reilstraße 47. Jed. Mittw. 1/2 8 Uhr: Uebungsstunde.

Artisten-Börse.
Halle a. S. Fernspr. 2884.
Vereinslokal: Zur Plauderecke, Augustastr.
Sitzung: Jeden Mittwoch.
Humoristen, Komiker, Duette, Geiger u. Pianisten sind und müssen zu jeder Gelegenheit zu haben sein.
Jugend-Abteilung: Zusammenkünfte jeden Mittwoch i. Vereinslokale.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt., -Teilnehmer und -Hinterbliebenen. Ortsgruppe: Halle (S.)
Jed. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats: Mitglieder-Versammlung in Hübners Restaurant, Kurze Gasse.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.
Mittwoch, den 16. Juni, abends 1/2 8 Uhr, im Volkspark: **Mitglieder-Versammlung.** Vortrag über B.-O. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Freie Sozial. Jugend, Halle.
Heute: Mädchenabend. Mittwoch: Vortrag über die pol. Lage v. Gen. Türke. Donnerstag: **Mandolinenübungsstunde.**

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung: Für Mädchen: Mittwoch 1/2 8-1/2 10 Uhr. Für Burschen: Donnerstag 1/2 8-1/2 10 U.
Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf.

Turnverein Fichte. Radewell u. Umgegend.
Abteilung Osendorf, Dreierhaus. Turnstunde: Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr.
Abteilung Ammendorf. Schützenhaus. Dienstag und Freitag v. 8—10 Uhr.
Abteilung Radewell, Gasth. Radewell. Dienstag von 8—10 Uhr.
Schüler-Abteilung für Ammendorf: Mittwoch von 5—7 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Für Männerchor jeden Dienstag, abends 8 Uhr, für Frauenchor jed. Donnerstag, abends 1/2 9 Uhr, in Teichmanns Hotel: — **Singestunden.** — **Der Vorstand.**

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7 1/2 Uhr: **Sitzung im „Thüringer Hof“. Der Vorstand.**

1 Bettstelle m. Matratze zu verkaufen. 1641
Dieskauerstr. 6 II l.

Wieder eingetroffen:
Wie wir belogen wurden.
Die amtliche Irreführung des deutschen Volkes.
Preis 4 M. Porto 60 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/44.

Anmeldung von in Elsaß-Lothringen beschlagnahmten Sparguthaben.

Nach einer vom Reichsminister für Wiederaufbau erlassenen Bekanntmachung vom 30. 4. 20 (Reichsgesetzblatt Nr. 94, S. 761 u. ff.) sind Geldforderungen — also nicht etwaige Ansprüche auf Herausgabe oder Lieferung von Wertpapieren usw. — umgehend bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts anzumelden. Die Pflicht zur Anmeldung einer Forderung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Forderung bereits bei einer anderen Stelle angemeldet ist.

Für die Anmeldung zuständig sind u. a.:
die **Hauptstelle in Berlin** für den Regierungsbezirk Magdeburg, mit Ausnahme der Kreise Oschersleben, Quedlinburg, Wernigerode, Stadt- und Landkreis Halberstadt;
die **Zweigstelle in Leipzig** für den Regierungsbezirk Merseburg;
die **Zweigstelle in Weimar** für Sachsen-Altenburg usw. und den Regierungsbezirk Erfurt;
die **Zweigstelle in Braunschweig** für Anhalt und die zum Regierungsbezirk Magdeburg gehörenden Kreise Oschersleben, Quedlinburg, Wernigerode, Stadt- und Landkreis Halberstadt.

Die Anmeldung hat unmittelbar an die bezeichneten Stellen auf einem gedruckten Anmeldebogen zu erfolgen, der bei der Hauptstelle und den Zweigstellen des Reichsausgleichsamts, sowie bei sämtlichen Handelskammern unentgeltlich bezogen werden kann.

Magdeburg, den 14. Juni 1920. *767
Abwicklungsintendantur, IV. Armeekorps.

Chesterfield,
Nebo, Lord Nelson, Columbia,
zu staunend billigsten Preisen,
sowie 1657
echten Nordh. Kautabak.
A. M. Berndt, Alte Promenade 6.
Alte Promenade 6. Alte Promenade 6.

Alle Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Harz 42-44.

Arbeitsmarkt

Steinbruchsarbeiter,
welche schon in Steinbrüchen gearbeitet haben, spez.
Pflastersteinschläger und Bohrer
für **dauernde Arbeit** gesucht. *748
Reinsdorfer Steinbrüche und Schotterwerke,
Bahnstation Landsberg, Bez. Halle.

Schreibhilfe
für das Gemeindebureau gesucht, dieselbe muß in Gemeindearbeiten bewandert sein. *765
Gesuche sind mit dem Vermerk **Bewerbung** bis zum 25. Juni 1920 einzureichen an das
Gemeindeamt Büschdorf bei Halle.

Nesteier
48 Pf. 1645
Sobel.
Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1
Ammendorf Bahnhofstr. 3
Cöthen:
Schalaunischestraße 8.

*751 **Lehrlingsstelle**
in größerer Schlosserei, kleinerer Motoren- oder Maschinenfabrik gesucht. 3—4 Jahre Lehrzeit, Bewerber 22 Jahre alt, besitzt Einj.-Zeugnis, arbeitete vor der Militärzeit zwei Monate praktisch; wenn möglich Pension im Hause des Meisters. Gefl. Angebote unter 1684 an F. C. Mayer, G. m. b. H., Annoncen-Expedition, München, Briennerstr. 9.

Schlosser, welche schon a. Fuhrwerks- u. Gleiswagen gearbeitet haben, werden gegen hohen Lohn als Monteure eingestellt. Erste Dessauer Wagenfabrik. Dessau i. Anh., Am Bahnhof 2. *698

Tüchtigen Gürtler
für sofort gesucht.
H. Krummhaar,
Bronzewarenfabrik,
Mittelstr. 5. 1623

Tüchtiger Dachdecker
mit allen Arbeiten vertraut, nach Bad Kösen gesucht. Dauernde Beschäftigung, viel ländliche Arbeiten mit teilweiser Kost. Lohn 5 bis 5,20 Mk. Off. unter H. 10 an die Exp. dies. Blattes. *768

Lehmkernmacher
für **dauernde Arbeit,** stellt sofort ein 1643
W. Stavenhagen,
Masch.-Fabr. u. Eisengießerei
Thüringerstrasse.

Steinsetzer
gesucht.
Fr. Merseburger,
Steinsetzmeister.
Ammendorf. *764

Möbel-Transporte
sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Wir empfehlen in großer Auswahl:
Damen-Strümpfe, Baumwolle, schwarz, weiß, leder
Damen-Strümpfe, Flor, schwarz, weiß, leder und verschiedene andere Farben
Damen-Strümpfe, Seidenflor, schw., weiß, leder und verschiedene andere Farben
Damen-Strümpfe, Seide, in schwarz
Herren-Socken 1646
Kinderstrümpfe und Söckchen
Damen-Handschuhe in Zwirn, Seide und Leder, in allen Farben
Herren-Handschuhe in Zwirn und Leder in vielen Farben
Füßlinge in schwarz, weiß und leder
Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen.
Brummer & Benjamin
Große Ulrichstraße 22/23.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Städtischer Verkauf von Reis
in der Talamtschule am Mittwoch, den 16. Juni 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 68001—72000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 72001—77000, nachmittags von 2—6 Uhr. Es kann an jede Person eines Haushaltes 1/2 Pfd. **zum Preise** von 3,50 Mk. abgegeben werden.

Die öffentliche Versteigerung der in der Zeit vom 1. November 1919 bis 29. Februar 1920 gefundenen und nicht abgeholten Stücke, findet am 23. Juni, vormittags 9 Uhr, in der Wagenhalle, Berliner Straße 1, statt.

Bitterfeld.

Betrifft das Roden von Frühkartoffeln.
Gemäß Ziffer I der Rundverfügung der Reichskartoffelstelle vom 15. April 1920 — H. 47420 — wird das Roden feldmäßig angebauter **Frühkartoffeln** vor dem 1. Juli hiermit verboten.

Die Zulassung von Ausnahmen **behalten wir** uns vor und sind etwaige diesbezügliche Anträge rechtzeitig hierher einzureichen.

Bitterfeld, den 9. Juni 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Verband d. Fabrikarbeiter (Distrikt Bruckdorf).

Nachruf!
Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege
Otto Quosdorf
nach langer Krankheit gestorben ist. 1649
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag in Bruckdorf statt.
Der Vorstand.

Guterh. **Fahrrad** (Straß.-Renner) mit Freilauf und Gummibereifung b. z. verk. 1636 Ludw.-Wucherer-Str. 62 III r.

Kinder-Klapp-Wagen billig zu verkaufen. 1648
Christa l, Lerchenfeldstr. 16.

Kluge Frauen kaufen **Patentex.** 1594
Paul Elze,
Merseburger Str. 103.

Die Industrie sucht Ideen und Erfindungen
Erfinder
erhalten Anregung zum Erfinden in unserer Broschüre kostenlos.
Pigett & Hübscher
Breslau 5 171
*142

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200615-11/fragment/page=0008